Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
•••••• der Freien Stadt Danzig ••••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

[illegible]

Nr. 149 | Mittwoch, den 29. Juni 1921 | 12. Jahrgang

Zusammenbruch des englischen Bergarbeiterstreiks.

Wiederaufnahme der Arbeit im englischen Bergbau.

London, 28. Juni. Reuter meldet amtlich: Der Bergarbeiterstreik ist beigelegt.

London, 28. Juni. Die Blätter melden, daß die Bergarbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen sollen. Es fehlt jetzt nur noch die Genehmigung des Parlaments für die Beihilfe von 10 Millionen Pfund Sterling, die Lloyd George erneut den Bergarbeitern angeboten hat. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärten heute nachmittag, daß die Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde. Die Bergarbeiter haben, wie berichtet wird, einer sofortigen Herabsetzung des augenblicklichen Tagelohnes um zwei Shilling, einer weiteren Verminderung um 6 Pence im August und weiteren sechs Pence im September zugestimmt. Danach tritt das dauernde Abkommen in Kraft.

London, 29. Juni. Lloyd George hat das Unterhaus von dem Abschluß eines Abkommens zwischen den Bergleuten und der Regierung in Kenntnis gesetzt. Dieses Abkommen ist bis zum 30. September gültig und kann von beiden Seiten drei Monate vorher gekündigt werden. Es wird im Unterhaus besprochen werden.

Wie die Insurgenten Oberschlesien „räumen“.

Oppeln, 28. Juni. Nach dem Abzug der Engländer aus Gleiwitz setzen die polnischen Schießereien wieder ein. Die Insurgenten besetzten die Wagenwerkstatt der Eisenbahn, die staatlichen Hüttenwerke und das Stahlröhrenwerk. Der deutsche Selbstschutz leistet energisch Widerstand. Die deutschen Arbeiter bewegen demonstrativ die Italiener und Franzosen zum Angriff. Letztere feuerten nur blind auf die Polen. Vier deutsche Selbstschutzleute und zwei Frauen wurden getötet.

Im „Tageblatt“ stellt der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek fest, daß das oberschlesische Räumungsabkommen durch die gemeldeten polnischen Angriffe auf den Bahnhof Gleiwitz und auf Beuthen von den Polen bereits gebrochen worden sei, und verlangt, daß die interalliierte Kommission diesen Treubruch sühnt, besonders da in der letzten französischen Note an die Reichsregierung betont wird, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, das Prestige der interalliierten Kommission wiederherzustellen.

Ratibor, 28. Juni. Hier eintreffende Flüchtlinge berichten, daß die Polen im Kreise Rybnik neue Verstärkungen zusammenziehen. Ueberall setzt erneut der Terror ein. In Rogau steht das polnische Beutedetachement unter Führung des Zuchthäuslers Korzeschka. Ebendort requirierte der polnische Apobeamte Friedrich rücksichtslos und erpreßte auch 50 000 Mark Bargeld. Zahlreiche der Geflüchteten hatten Gestellungsbefehle erhalten. Die Polenführer kündigten für den Fall ungünstiger Entscheidung einen verschärften Kampf an.

In der Mitteilung des Korfantyschen „Oberschlesischen Wegweisers“ über die Liquidation des Aufstandes heißt es u. a.: Auf Grund eines besonderen Abkommens ist von der interalliierten Kommission völlige Straffreiheit für alle Teilnehmer des Aufstandes sowie für ihre politischen Vergehen zugesichert worden. Von einer derartigen Amnestie ist den deutschen Parteien Oberschlesiens nichts bekannt. — Nach diesen Meldungen, deren Richtigkeit kaum anzuzweifeln ist, gebietet sich ein gewisses Mißtrauen gegenüber der nachstehenden „Vorwärts“-Meldung:

Wie der „Vorwärts“ aus Oppeln meldet, haben nach bis Dienstag nachmittag dort vorliegenden Nachrichten die Polen tatsächlich begonnen, das von ihnen besetzte Gebiet zu räumen. Gleiwitz und das Industriegebiet um Hindenburg mit der Stadt Hindenburg selbst, sind frei, jedoch noch nicht passierbar. Sämtliches zur Verfügung stehende deutsche Eisenbahnmaterial wurde von den Polen mitgeschleppt, so daß bisher noch jede Möglichkeit fehlt, den Eisenbahnverkehr wieder einzuleiten. Die Polen haben ihr gesamtes Kriegsmaterial auf der Eisenbahn zurücktransportiert. In den verlassenen Dörfern sind eine Menge Leute ohne Waffen zurückgeblieben, die bei den Insurgenten Dienste getan haben.

Schluß der Tagung des Völkerbundrates.

Genf, 28. Juni. (W.T.B. Von unserm Privatberichterstatter.) Der Völkerbundrat schloß heute abend seine Tagung in öffentlicher Sitzung, in der er einstimmig den Vermittelungsvorschlag Hymans in der Wilnaer Frage unter lebhaften Einwänden des litauischen Delegierten annahm. Der englische Vertreter Fisher hob in längerer Rede die Aufgaben des Völkerbundes hervor. Der französische Delegierte trat den Gerüchten über Unstimmigkeiten im Völkerbund entgegen, und Hanotaux erklärte, daß in allen Fragen, so auch in der Saarfrage und der Danziger Frage volle Uebereinstimmung unter den Mächten geherrscht habe.

Wiederaufbauverhandlungen in Paris.

Paris, 28. Juni. Ueber die heute begonnenen Beratungen betreffs der Ausführung des Londoner Abkommens ist folgender amtlicher Bericht ausgegeben worden. In Fortsetzung der Wiesbadener Besprechungen haben heute die Verhandlungen in Paris begonnen. Die Teilnehmer waren auf deutscher Seite Staatssekretär Bergmann, der Präsident Guggenheimer, auf französischer Seite Minister Loucheur und aus den beteiligten Ministerien die Herren Seydoux, Tanery und Cheysson. Beraten wurden die Fragen der Restitutionen und Ersatzlieferungen gemäß der Anregung der Reparationskommission. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand werden morgen fortgesetzt werden. Morgen nachmittag wird über die Lieferung von Materialien verhandelt werden.

Paris, 29. Juni. Nach dem „Petit Parisien“ werden die deutschen und die französischen Sachverständigen bei den jetzt begonnenen Beratungen nur zwei Hauptfragen behandeln: Die Zahlungsfristen und den Preis für die Sachlieferungen. Eine dritte Frage werde augenblicklich noch in Berlin mit dem Garantieausschuß behandelt: Der Ersatz der 26 prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr durch einen andern Index. Wahrscheinlich werden die beiden Verhandlungen in der kommenden Woche gemeinsam in Paris geführt werden. Der Garantieausschuß werde Berlin in zwei oder drei Tagen verlassen.

Die Ursachen des italienischen Regierungssturzes.

London, 28. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Der Rücktritt des Kabinetts Giolitti sei ein Ereignis von ungewöhnlicher Bedeutung, insbesondere im gegenwärtigen Zeitpunkt. Der Grund für den Rücktritt sei die Tatsache, daß es dem Grafen Sforza nicht gelungen ist, eine wesentliche Mehrheit für seine auswärtige Politik zu sichern. Die Unzufriedenheit des italienischen Parlaments scheine in der Hauptsache zurückzuführen zu sein auf die Verzichtleistung des Grafen Sforza in der Adria und in Adalia und auf seine weitherzige Unterstützung eines Teiles der polnischen Ansprüche in Oberschlesien, trotz der Erregung im ganzen italienischen Volke infolge der italienischen Verluste in Oberschlesien. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, man müsse erst abwarten, ob der Nachfolger Sforzas nicht versuchen wird, seine türkisch-italienische Politik aufzugeben zugunsten einer Politik, die eine Entente im Osten zugunsten Groß-Britanniens, Italiens und Griechenlands vorsieht.

England—Japan—Amerika.

London, 27. Juni. Im Unterhause fragte ein Abgeordneter, ob die britische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten durch eine diplomatische Note benachrichtigt habe, daß Groß-Britannien im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges auf keinen Fall Japan unterstützen werde. Chamberlain antwortete, die Regierung der Vereinigten Staaten sei so vollkommen auf dem Laufenden bezüglich der tatsächlichen Verhältnisse, daß man es nicht für notwendig gehalten habe, sie darüber durch eine amtliche Note zu unterrichten.

London, 28. Juni. „Morningpost“ zufolge machte Lloyd George in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz ausführliche vertrauliche Mitteilungen über die gesamte auswärtige Politik der britischen Regierung. Wahrscheinlich werde heute mit den Beratungen über die geplante Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages begonnen werden. „Daily Expreß“ zufolge hat die britische Regierung der japanischen Regierung vorgeschlagen, daß der Bündnisvertrag vom Juli ab weitere drei Monate in Kraft bleibt, während die Konferenz der Dominions-Premierminister ihre Erörterungen über die Frage abschließt.

Russische Konzessionen.

London, 27. Juni. Der Verwaltungsrat der russisch-asiatischen Korporation gibt die Bildung eines großen Trustes bekannt zur Ausbeutung von Bergwerken in Sibirien derart, daß auf Grund des britisch-russischen Handelsvertrages Verhandlungen aufgenommen worden seien, welche die Wiederholung der von der Sowjetregierung annullierten Konzessionen und die Wiederaufnahme der Arbeit gemäß den Konzessionsverträgen verfolge. Bei der Generalversammlung am 6. Juli werde darüber Mitteilung gemacht werden.

Finanz- und Konzessionsfragen in Rußland.

Von Friedr. Ott.

Die bolschewistische Propaganda, die in Deutschland seit Jahren ihr Wesen treibt, hat geflissentlich vermieden, von dem Zusammenbruch der russischen Wirtschaft zu sagen, daß er in erster Linie eine Folge des Krieges ist. Natürlich kämpfen ja auch gewisse Kreise in Deutschland gegen die Republik, obwohl in Deutschland und Rußland und in allen kriegsbeteiligten und selbst in den neutralen Ländern der gegenwärtige wirtschaftliche Zustand nichts anders als eine Erscheinung des Krieges und der Kriegsfolgen ist. Der berechtigte Vorwurf, den man gegen die Sowjetmänner erheben kann, ist der, daß sie es nicht vermocht haben, den Aufbau der russischen Wirtschaft in die Wege zu leiten, und so mögen die schon recht haben, die die Bolschewisten mit den alten Zaristen gleichermaßen für den Zustand der russischen Wirtschaft verantwortlich machen.

Die letzten beiden Jahre haben gelehrt, daß die bolschewistische Doktrin gegenüber der gewaltigen Aufgabe des Wiederaufbaues in Rußland völlig versagt hat. Und im Laufe der letzten Monate hat in den russischen bolschewistischen Kreisen diese Ueberzeugung zugenommen und sich gegen die [illegible] Kreise, die allem Anscheine nach in Opposition zu Lenin stehen, durchgesetzt. Man mag in Dekreten, man mag in Funksprüchen jegliche Verbindung zum Weltkapitalismus lösen, in Wirklichkeit haben aber die Aeußerungen der russischen Diplomatie in hundert Fällen bewiesen, daß die wirtschaftlichen Verbindungen mit dem ausländischen Kapitalismus vorhanden sind und sich stärker betonen, je länger das wirtschaftliche Chaos in Rußland anhält.

Was Rußland heute fehlt, sind Waren. Damit sind seine Bedürfnisse in einem Worte zusammengefaßt. Die Einfuhr von Waren ist aber für Rußland eine reine Finanzfrage, eine ganz gewöhnliche Geldfrage. Der Professor J. N. Goldstein, Lehrer an der Moskauer Universität, hat den Versuch gemacht, die Ausgaben zu berechnen, die notwendig sind, um jene Wiederherstellungsarbeiten zu leisten, die für eine Wiederinbetriebsetzung der russischen Industrie erforderlich sind. Nach ihm gehen diese Schätzungen auf 56 Milliarden 480 Millionen Dollar. Davon entfallen auf neue Eisenbahnen 6¼ Milliarden Dollar, neue Lokomotiven, neue Güter- und Personenwagen, Ausbesserungen der alten, 3½ Milliarden Dollar, öffentliche Straßen, Eisenbahnen-Brücken usw. 4¼ Milliarden Dollar, Flußregulierungen und Kanalverbesserungen 4 Milliarden Dollar, Förderung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens 4 Milliarden Dollar, Förderung der Kohlen-, Koks-, Torf-, Eisen- und Stahlgewinnung 2 Milliarden Dollar usw.

Wie gesagt, reichen diese ungeheuren Summen, die sich in Sowjetrubel kaum ausdrücken lassen, eben dazu hin, die notwendigsten Vorarbeiten für die Neubelebung des russischen Wirtschaftskörpers zu bezahlen. Also ist die Frage des Wiederaufbaues in Rußland mehr als in jedem anderen Lande eine Finanzfrage. Wenn die bolschewistische Revolution bei Marx begonnen hat, und wenn sie sich unter der Konzessionserteilung an Vanderlip, Stinnes und andere Koryphäen des internationalen Kapitalismus vollzieht, so ist der Schlüssel für diese ganz natürliche Entwicklung in dem Geldbedürfnis der russischen Wirtschaft zu finden. Und dieses Bedürfnis ist ohne alle Fragen eine härtere Diktatur, als die sogenannte Diktatur des Proletariats und hat die russischen Diktatoren in ganz kurzer Zeit unter ihr Joch gezwungen.

Was in Rußland mehr als alles andere fehlt, ist Gold und vor allen Dingen der Kredit im Auslande. Beides muß man haben, wenn man auf den Warenimport des kapitalistischen Auslandes angewiesen ist. Der Kredit Rußlands im Auslande ist aber noch tiefer erschüttert, als der Kredit Deutschlands, weil Rußland keinerlei direkte Aktiva dem internationalen Handel bieten kann. Es war eine gewiß schöne Idee, die Kriegsschulden, die das zaristische Regime bei den europäischen Staaten und bei den Vereinigten Staaten Amerikas gemacht hat, nicht anerkennen zu wollen. Aber mit dieser Nichtanerkennung hat man sich den finanziellen Lasten nicht entzogen, und die 11 Milliarden Goldfranks Friedens- und 8,2 Milliarden Goldmark Kriegsschulden an Frankreich, die 11,86 Milliarden Goldmark Kriegsschulden an England und die 7,60 Goldmark Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten und deren Zinsen üben auf den russischen Kredit im Auslande eine ähnliche Wirkung aus, wie die Reparationslast auf den deutschen.

Rußland ist also, da sein gegenwärtiger Goldbestand eben hinreicht, die ersten Anzahlungen mit den notwendigsten Lebensbedarf zu sichern, darauf angewiesen, mit dem zu zahlen, was es aus dem russischen Boden erarbeiten kann. Es muß, um in Zukunft leben zu können, ähnlich wie die deutsche Volkswirtschaft, die Substanz des Volksvermögens angreifen, und Bergwerke, Gruben, Wälder, Ländereien usw. verpachten oder verkaufen. Dieser Vorgang verbirgt sich unter der Erteilung von Konzessionen an die bekannten internationalen kapitalistischen Größen. Der Ring von Marx bis Vanderlip hat sich geschlossen, und die Vorkommen von Erdschätzen im europäischen Rußland und in Sibirien sind heute bereits das Spekulationsobjekt des internationalen Kapitalismus.

In erster Linie spielen Waldkonzessionen in Westsibirien eine große Rolle. Dazu treten Eisenbahn- und landwirtschaftliche Konzessionen. Obwohl sich die russische Sowjetpresse und auch die amtlichen Verlautbarungen über diese Erteilung von Konzessionen ausschweigen, steht doch fest, daß augenblicklich darüber Verhandlungen schweben, die kurz vor dem Abschluß stehen. Von Bedeutung sind die zu verteilenden Montan-Konzessionen, die überaus reiche Lager in Sibirien be-

treffen. Vor allen Dingen sollen reiche Erzvorkommen in Frage kommen und im Süden der großen sibirischen Bahn in nicht allzugroßer Entfernung von Krasnojarsk große, bisher noch nicht genau erforschte Lager vorhanden sein.

Die ganze Entwicklung in Rußland ist allzu natürlich, als daß man sie tragisch finden könnte. Der Bolschewismus Rußlands, den man dort hinten gepredigt hat, mag eine gewisse Berechtigung haben, wenn man die Formel für die politischen Verhältnisse in Rußland „Entweder Zarismus oder Bolschewismus" für richtig befindet. Das System hat sich aber völlig untauglich für die Wiedererbelebung des russischen Wirtschaftslebens erwiesen und scheitert vor allen Dingen an der Verkennung der wirtschaftlichen Verfassung der Dinge. Auch hier in Rußland wird der Kapitalismus eines Vanderlip und Stinnes für jahrzehntelang noch Schrittmacher des wirtschaftlichen Fortschritts sein. Wenn es diesen Pionieren gelingen sollte, infolge des Bedürfnisses der alten Welt nach neuen Gütern Sibirien zu erschließen und mit Rußland wieder der Weltwirtschaft anzugliedern, so bedeutet das viel mehr als die Aufrechterhaltung eines doktrinären Systems durch die Gewalt der Bajonette, das vielleicht für eine gewisse russische Eigenart gut, aber auf wirtschaftlichem Gebiete völlig impotent ist.

In den Richtlinien der neuen deutschen Regierung vermissen wir den Hinweis auf die deutschen Zukunftsmöglichkeiten im russischen Osten. Der verflossene Reichsaußenminister Dr. Simons hat einmal im vorigen Jahre ermutigende Worte für das deutsche Verhältnis zur russischen Wirtschaft gefunden. Es braucht wohl nicht näher dargelegt werden, daß in der Angliederung der russischen Verhältnisse, die zur Gesundung der Weltwirtschaft durchaus notwendig ist, die deutsche Industrie, die deutsche Wirtschaft und der deutsche Handel eine außergewöhnliche Rolle zu spielen berufen sind.

„Neue Freundschaften".

Von Kurt Heilbut.

Wir sind so mit den brennenden Fragen in Ost und West beschäftigt (Oberschlesien, Reparationen, Sanktionen usw.), daß wir keine Zeit haben, den Ereignissen in der Weltpolitik die nötige Beachtung zu schenken, und doch erheischen diese Dinge unsere schärfste Aufmerksamkeit. Denn die Ereignisse der letzten Wochen und Tage deuten auf eine völlige politische Umstellung der drei größten Weltmächte England, Amerika und Japan hin.

Die bisherige Lage war folgende: Japan (mit Rußland im Rücken und mit England verbündet) folgte seinem imperialistischen Ausdehnungsdrang nach Osten, gegen Amerika. Der amerikanische Imperialismus war ebenfalls in der Hauptsache nach Osten gerichtet: gegen Europa, und stand dabei in Frontstellung gegen England. England dagegen (im Rücken durch Frankreich gedeckt) hatte seine Front nach Westen: gegen Amerika. Noch Korer wird die Lage durch folgendes Schema:

(Rußland) Japan —▶ Amerika —▶ ◀— England (Frankreich).

Diese Stellung der Weltmächte hat durch die „neue Freundschaft" zwischen England und Amerika eine grundlegende Aenderung erfahren. Ob die treibenden Kräfte zu dieser Aenderung von England oder Amerika ausgingen, ist schwer zu sagen. Beide werden sich in der bisherigen Lage nicht allzu wohl gefühlt haben: Amerika durch die Möglichkeit eines Zwei-Fronten-Krieges gegen England und Japan, England durch die ausschlaggebende Rolle, die Frankreich in Europa zu spielen begann, aber auch weil der wachsende Einfluß Amerikas auf Frankreich ihm unheimlich wurde. Vielleicht auch hatte England wie Amerika nach den Erfahrungen des Weltkrieges wenig Lust gespürt, sich auf das Wagnis eines neuen Weltkrieges mit seinen unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen einzulassen. Es ist aber wahrscheinlich, daß wir in Lloyd George nach seiner Unterhausrede „Daß die Zeit nicht fern sei, wo die Mächte neue Freundschaften suchen werden", den Urheber der weltpolitischen Umstellung zu sehen haben.

Die neue Lage sieht jetzt so aus: England und Amerika haben Kehrt gemacht und stehen Rücken an Rücken. England mit der Front gegen Frankreich, Amerika gegen Japan. Japans Ausdehnung nach Osten ist damit natürlich ein Riegel vorgeschoben. Es hat schleunigst Kehrt gemacht und seine Stoßrichtung geht jetzt nach Westen: gegen Rußland. Wieder als Schema gezeichnet, sieht die neue Lage so aus:

Rußland ◀— Japan ◀— Amerika — England —▶ Frankreich

Man vergleiche das zweite Schema mit dem ersten, und man wird sich ein klares Bild von der weltpolitischen Umstellung machen können.

Als Beweis für die Richtigkeit des Schemas seien folgende Ereignisse der letzten Tage angeführt: 1. Japan gegen Rußland: In Wladiwostok, dem wichtigen russischen Hafen am Japanischen Meer wurde die bolschewistische Herrschaft gestürzt unter tatkräftiger Beihilfe der „neutralen" Japaner. 2. Zurückweichen Japans vor Amerika: Japan verzichtet auf die heiß umstrittene Insel Yap, die zu den Karolinen im Stillen Ozean gehört und auf dem Wege liegt zwischen Amerika und seinen asiatischen Kolonien, den Philippinen. Diese ehemalige deutsche Kolonie ist außerdem wirtschaftspolitisch so wichtig, weil von ihr drei Unterseekabel ausgehen: (1. nach Shanghai (China), 2. über Celebes (Sunda-Inseln) nach Indien und Australien und 3. nach Guam (Marianneninseln), wo es auf das große amerikanische Kabel St. Francisco (Amerika) nach Japan und China stößt. Aus dem Werte und der Bedeutung der Insel Yap erkennt man die Größe des amerikanischen Erfolges und der japanischen Niederlage. 3. Annäherung Englands an Amerika, welches nicht nur in dem Zurückweichen Japans in der Yap-Frage, sondern auch an dem gemeinsamen Vorgehen Englands und Amerikas in Europa zu erkennen ist. Wie weit die Annäherung bereits erfolgte, ersieht man am besten aus der offenen englischen Erklärung, daß das Bündnis mit Japan nur mit amerikanischer Zustimmung erneuert werden wird. 4. Das gemeinsame Vorgehen Englands und Amerikas in Europa zeigt ihre erste Wirkung in dem Zusammenbruch der französischen deutschfeindlichen Politik (Ruhrgebiet und Oberschlesien).

Damit ist der englisch-französische Gegensatz in der mitteleuropäischen Politik offensichtlich geworden. Natürlich wäre es verkehrt, nun auf einen englisch-französischen Konflikt zu bauen. Vorläufig hält beide Mächte der Verfasser Friedensvertrag, seine Erfüllung, bzw. seine Nichterfüllung zusammen. Und Frankreich, das die Gefahren erkannt hat, bemüht sich eifrig, die „Entente in eine Allianz", das heißt die lose Verbindung in ein festeres Bündnis zu verwandeln, findet jedoch in der englischen Presse bisher wenig Gegenliebe.

Die neue Weltlage sieht für Deutschland ein gut Teil günstiger aus, wofür seine bevorstehende Aufnahme in den Völkerbund als Grabenfeier gelten kann. (Diese Annahme erscheint uns allerdings verfrüht. Die Red.) Der schier unerträgliche Druck, der besonders von Seiten Frankreichs auf Deutschland gelastet hat, ist gemildert. Dabei ist es außer Zweifel, daß die Annahme des Ultimatums, sowie die mehr links gerichtete Neubildung der Reichsregierung mit dazu beigetragen hat, die Lage zu Gunsten Deutschlands zu verändern. Ebenso sicher, wie ein verstärkter Einfluß der reaktionären Parteien auf die deutsche Regierung und Politik das sicherste Mittel wäre, um England und Frankreich wieder aneinander zu ketten, und Deutschland in einen Gegensatz gegen die halbe oder ganze Welt zu bringen.

Auch bürgerliche Kreise dürften es sich nicht verhehlen, daß der Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Regierung Deutschlands Lage wesentlich verbessert hat, indem der neue Linkskurs nicht nur die englische und auch amerikanische Politik von gewissen Hemmungen befreite, sondern auch die französische Angst vor der deutschen Revanche-Gefahr milderte. Damit ist der Weg deutlich vorgezeichnet, den die deutsche Politik in den nächsten Wochen und Monaten zu gehen hat: Durch eine ruhige, taktvolle, ausgesprochen pazifistische (friedensfreundliche) Politik beruhigend auf die noch immer sehr nervöse Weltstimmung einzuwirken, und dadurch zugleich das Deutschland verloren gegangene Vertrauen wieder zu gewinnen.

Die deutsche Entwaffnung.

Berlin, 27. Juni. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, daß das Reichswehrministerium die Bedrohung der ostpreußischen Grenze auch für möglich halte. Der Kanzler habe sich dafür eingesetzt, daß baldigst der Abbau des Ausnahmezustandes erreicht werden möge. Die Regierung sei durchaus gewillt, an dieser Zusage festzuhalten, aber es lasse sich nicht verkennen, daß der Weg schwierig sei. In der Provinz Sachsen stehe der Oberpräsident z. B. auf dem Standpunkt, daß in gewissen Teilen der Provinz die völlige Beseitigung des Ausnahmezustandes noch nicht empfehlenswert sei. In Bayern werde man, sobald die Entwaffnung und die Auflösungsfrage geregelt sein, zu einer normalen Lage zurückkommen können. Hinsichtlich der Orgesch sei es auf Grund des Ultimatums selbstverständliche Pflicht der Landesregierungen, die nötigen Schritte zu tun, um zur Durchführung der Bestimmungen zu gelangen.

Besserung der deutschen Kohlenproduktion.

In der gestrigen Vollversammlung des Reichskohlenrates erklärte der Geschäftsführer Berghauptmann Bennhoff in einem Bericht über die Kohlenlage, daß vor allem in den Leistungen des Steinkohlenbergbaues ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen sei, daß aber die Förderung noch um 30 Prozent hinter dem letzten Friedensjahre zurückbleibe. Die Braunkohlenbriketterzeugung übersteige danach die Produktion des Jahres 1913 um etwa ein Drittel. Angesichts der schlechten Kohlenversorgung in Deutschland forderte der Redner wenigstens eine vorübergehende Ueberarbeit im Ruhrbergbau, zum mindesten bis zur Beilegung der oberschlesischen Besetzung. Bezüglich der Heranziehung des deutschen Kohlenbergbaues zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen erklärte der Redner, daß der deutsche Kohlenbergbau es als eine Ehrenpflicht betrachte, an der Einlösung des gegebenen Wortes mitzuwirken. Allerdings sei eine Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen überhaupt nur dann möglich, wenn das oberschlesische Kohlenrevier ungeteilt bei Deutschland verbleibe. Der Verlust der oberschlesischen Kohle würde katastrophale Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben haben.

Die polnisch-litauische Streitfrage vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 27. Juni. (WTB.) Der Völkerbundrat hat in seiner nicht öffentlichen Sitzung mit der Prüfung der polnisch-litauischen Streitfrage begonnen.

Die Beschlüsse der Internationalen Konferenz von Genua.

Nach der Washingtoner Konferenz beschäftigte sich die zweite internationale Arbeitskonferenz in Genua mit Fragen über die Arbeit der Seeleute. Als Hauptgegenstand wurde die Regelung der Arbeitszeit (Achtstundentag) für die Seeleute behandelt. Der Entwurf eines Uebereinkommens vereinigte auf sich 48 Stimmen gegenüber den 49, die für die verlangte Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wären. So ist er statt als Uebereinkommen nur als Anregung angenommen worden. Die sonst angenommenen Uebereinkommen bezogen sich auf die Arbeitslosenentschädigung im Falle eines Schiffbruchs, auf die Stellenvermittlung der Seeleute und das Mindestalter 14 Jahre) für die Zulassung von Kindern zur Seemannsarbeit. Als Anregungen sollten die obenerwähnte Regelung der Arbeitszeit, und die Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Seeleute (Seekoder) den Parlamenten, bezugsweise den Regierungen der einzelnen Länder, unterbreitet werden.

Wie langsam der Gesetzgebungsapparat in einzelnen Ländern funktioniert, oder richtiger gesagt, wie wenig die betreffenden Regierungen geneigt sind, den Beschlüssen der Arbeitskonferenz Geltung zu verschaffen, geht aus dem jüngst veröffentlichten Bericht des Internationalen Arbeitsamtes klar hervor. Dieser Ueberblick zeigt, daß nach Ablauf beinahe eines Jahres nach der Konferenz von den Regierungen fast gar nichts geändert wurde. Eine Anzahl von Staaten haben bisher noch überhaupt keine Kenntnis von den Beschlüssen genommen, andere haben den Empfang der Texte bestätigt. Noch andere waren höflich genug, mitzuteilen, daß sie die Beschlüsse zur Begutachtung an die entsprechenden Körperschaften oder Kommissionen überwiesen haben. Nur wenig Staaten haben ernstliche Schritte unternommen. Für die australische und englische Gesetzgebung erübrigt sich allerdings die Durchführung der Beschlüsse von Genua, da das dort behandelte Material durch die inländische Gesetzgebung bereits in ähnlicher Weise geregelt wurde. Ueber den Achtstundentag für die Seeleute konnte in England noch keine Verständigung erzielt werden. Es sind die folgenden Länder, und zwar Deutschland, Südafrika, Argentinien, Belgien, Kanada, Spanien, Dänemark und Griechenland, welche entsprechende Gesetzentwürfe den Parlamenten bereits unterbreitet haben oder aber solche vorbereiten.

Sozialisierung der Wohnungen.

In der „Glocke" macht Genosse Dr. Max Sachs zu diesem Problem folgende Vorschläge: „Den Gemeinden muß ein unbeschränktes Enteignungsrecht an Gebäuden und Grundstücken eingeräumt werden. Schon jetzt haben zwar die Wohnungskommissare in Deutschland das Recht, Wohnungen zu enteignen, aber dieses Enteignungsrecht soll nur ausgeübt werden, wenn Grund und Boden für den Kleinwohnungsbau in passender Lage zu angemessenen Preisen nicht zu haben ist. Alle solche Beschränkungen müssen beseitigt werden. Bei der Enteignung darf grundsätzlich nur der Wert der Grundstücke vom Jahre 1914 berücksichtigt werden. Wird Grund und Boden, der bisher landwirtschaftlichen Zwecken gedient hat, für Wohnzwecke enteignet, so sollte dafür nur der landwirtschaftliche Wert bezahlt werden. Es soll aufhören, daß jemand Hunderttausende verdienen kann, weil man sein Land zum Bau von Wohnungen braucht. Ein radikales Enteignungsrecht würde in Zukunft jeder Bodenspekulation, jeder Preistreiberei an Grund und Boden einen Riegel vorschieben.

Schließlich ist unbedingt nötig, daß in Zukunft Wohnungsbau und Stadterweiterungen planmäßiger erfolgen als früher. In der Vorkriegszeit konnte jeder Bauunternehmer bauen, wo er wollte, wenn nur die notwendigen Straßen vorhanden waren. So sehen wir häufig in unseren Großstädten, daß weite Strecken, die den Stadtteilen nahe liegen, unbebaut sind, während in verhältnismäßig großer Entfernung von den älteren Stadtteilen auf freiem Felde Mietskasernen errichtet wurden. Die Besitzer des brachliegenden Bodens rechneten auf eine weitere Steigerung des Bodenwertes und gaben deshalb das Land zur Bebauung noch nicht ab. Die Nachteile für die Allgemeinheit liegen hier darin, daß ein im Verhältnis zur Einwohner- und Bevölkerungszahl übermäßig großes Netz von Straßen notwendig wurde, und daß auch vielfach Straßenbahnen gebaut werden mußten, die nur ungenügend rentabel sind, weil sie große Strecken unbebauten Land durchfahren.

In Zukunft sollten die Gemeindebehörden das Recht haben, zu bestimmen, wo gebaut wird. Sie müßten die Möglichkeit haben, jederzeit durch Enteignung das ihrer Ansicht nach zur Bebauung am besten geeignete Land für die Errichtung von Häusern zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise könnte erreicht werden, daß Straßen und Versorgungslinien möglichst wirtschaftlich ausgenutzt werden. Daß bei der Stadterweiterung auch ästhetische und hygienische Gesichtspunkte gewahrt werden müssen, ist selbstverständlich.

In der Vorkriegszeit wurden uns Wohnboden und Mieten häufig durch die Tätigkeit der Bodenspekulanten und Terraingesellschaften verteuert, die Land auf Vorrat kauften und es durch Straßen durchziehen ließen, um dann die einzelnen Baustellen mit Gewinn zu verkaufen. Nur zu häufig lag das Land, ehe es tatsächlich bebaut wurde, lange Jahre unbenutzt da, und die Zinsen sowohl für den ursprünglichen Kaufpreis des Landes wie für die Straßenbaukosten wurden zugeschrieben, so daß auf diese Weise der Preis des Grund und Bodens sich stark erhöhte, selbst wenn eine Terraingesellschaft die einzelnen Baustellen dann schließlich ohne nennenswerten Gewinn oder sogar mit Verlust verkaufte. Für ein derartiges Treiben der Bodenspekulation darf in Zukunft kein Platz mehr sein. Straßen sollten, soweit sie nicht für den durchgehenden Verkehr gebraucht werden, im allgemeinen erst dann gebaut werden, wenn baldige Errichtung von Wohnungen auf dem durch die Straßen erschlossenen Lande gesichert ist, damit unnötige Zinsverluste vermieden werden. So lassen sich im Bau- und Wohnungswesen, auch wenn die Sozialisierung der Wohnungen nicht restlos durchgeführt wird, große Fortschritte erzielen. Unter keinen Umständen aber darf es eine Rückkehr zu der freien Bau- und Wohnungswirtschaft der Vorkriegszeit geben, die es zwar ein paar tausend Bauunternehmern, Bodenspekulanten und Hauseigentümern ermöglichte, sich die Taschen zu füllen, die aber Volksgesundheit und Volkswohlfahrt schwer geschädigt hat.

Oekonomische Theorien gegen die Arbeitersolidarität.

Wenn die Löhne der Arbeiter in der rohstofferzeugenden oder diese zu Halbfabrikaten verarbeitenden Industrie infolge der Wirtschaftskrise herabgesetzt werden, stoßen wir oft auf eine verfängliche Argumentation. Es wird den Arbeitern in der Fertigwarenindustrie zugerufen: die Lohnherabsetzungen, welche im Bergbau, in der Hüttenindustrie vorgenommen werden, gereichen euch zum Vorteil. Die Fertigprodukte können infolge der durch die Lohnherabsetzung erzielten Verbilligung der Rohstoffe und Halbfabrikate billiger hergestellt werden, demzufolge müssen eure Löhne in einem geringeren Maße herabgesetzt werden, als wenn mit teurer Kohle und teurem Erz gearbeitet wird. Die Absicht bei dieser Argumentation liegt auf der Hand: man will ein trennendes Moment zwischen die verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft hineinführen, um deren Solidarität im gemeinsamen Kampfe für die Sicherung ihrer Lebenshaltung auf diese Weise zu erschüttern. Gelegentlich des großen englischen Bergbaustreiks wollte man die übrigen Teile der englischen Arbeiterschaft mit der oben ausgeführten Begründung dem Erfolge des Kampfes gegenüber gleichgültig oder gar feindlich stimmen.

In der Solidarität des klassenbewußten Proletariats steckt ein idealistisches Element, die große Errungenschaft der Aufklärungsarbeit und noch mehr der gemeinsam überstandenen Kämpfe, welche sich vor Opfern nicht scheut und das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft über die eigenen engeren zu stellen vermag. Die Sirenentöne dürften daher bereits an diesem idealistischen Moment abprallen. Nichtsdestoweniger ist die verfängliche Argumentation der Arbeitgeber auch materiell nicht beweiskräftig und dürfte auch aus dem Gesichtspunkt eines krassen Egoismus nicht Gehör finden.

Zunächst einmal bedeutet die Solidarität in diesem Falle auch einen Selbstschutz, gekennzeichnet durch das Sprichwort: „Heute dir, morgen mir!" Dann aber: wo ist das Ende dieser Kette? Wenn die Arbeiterschaft in der Stahlindustrie z. B. tatsächlich ein Interesse an niedrigen Arbeitslöhnen im Kohlenbergbau hätte, könnte demgegenüber die Arbeiterschaft in der Maschinenindustrie aus den erwähnten Gründen niedrigere Löhne für die Arbeiter der Stahlindustrie für sich für wünschenswert halten und so fort. Weiteres: wo ist die Garantie, daß die Verminderung der Arbeitslöhne in einem Produktionszweig tatsächlich die Produkte verbilligen wird? Daß von einer mit schlechten Löhnen, erbittert und unterernährt schaffenden Arbeiterschaft Waren in derselben Menge oder Qualität hergestellt werden, wie bei angemessenen Löhnen? Und wo ist die Garantie, daß selbst, wenn die Produktion durch die Herabsetzung der Löhne verbilligt wird, der so entstandene Ueberschuß nicht der Erhöhung des Profits, sondern hauptsächlich zur Herabsetzung des Preises dienen wird? Und, wenn ja, daß der Käufer der verbilligten Rohstoffe und Halbfabrikate seinerseits auf die Absicht, die Löhne in seinem Betrieb herunterzusetzen, verzichtet und die Verbilligung nicht zur Erhöhung seines Profits ausnutzt? Endlich soll auch in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen werden, daß es sich hier um die Heilung der Wirtschaftskrise durch die Aufhebung der Absatzstockung handelt. Demnach müßte auf der Seite der Arbeiterschaft mehr Kaufkraft geschaffen und nicht die vorhandene noch weiter eingeschnürt werden. Und dies in um so höherem Maße, je schwieriger sich der internationale Warenaustausch infolge der staatlichen Eingriffe gestaltet. Wer soll z. B. die Produkte der englischen Textilindustrie, welche aus Japan, aus Indien usw. immer mehr ausgeschaltet wird, aufnehmen, wenn der Bergarbeiter infolge der Lohnherabsetzung diese nicht mehr zu kaufen vermag? Es ist demnach innerhalb einer Volkswirtschaft, aber auch darüber hinaus, das Interesse der Arbeiterschaft, den Lohnherabsetzungen nicht nur in ihrem eigenen Betriebe oder ihrer Industrie, sondern überhaupt entgegenzutreten.

Danziger Nachrichten.

Demonstrationen.

Nach Redaktionsschluß ging uns gestern die Meldung zu, die wir nur in einem Teil unserer gestrigen Auflage bringen konnten, daß die für gestern nachmittag geplante Demonstration der V. K. P. D. verboten sei. Der Polizeipräsident erließ durch Anschlag folgende Bekanntmachung:

Die Vereinigte Kommunistische Partei hat durch Aufruf in Nr. 146 der „Arbeiterzeitung" für heute nachmittag zu einer Demonstration aufgerufen. Die Demonstration soll den Willen zur „Bewaffnung des Proletariats" und Bildung von Arbeiterwehren zum Ausdruck bringen. Die Reden namhafter Führer der Kommunistischen Partei im Volkstag ergeben, daß zur Gewaltanwendung gegen die bestehende Staatsordnung aufgefordert werden wird. Die Demonstration ist deshalb auf Grund des § 83 der Verfassung verboten worden.

Von dem gesunden Sinne der Bewohner Danzigs muß erwartet werden, daß die im Interesse des Gemeinwohles ergangene behördliche Anordnung Beachtung findet. Ich warne vor der Teilnahme an einer dem Verbote zuwider stattfindenden Demonstration.

Danzig, den 28. Juni 1921.

Der Polizei-Präsident.

Damit hat die Polizei den Kommunisten den größten Gefallen getan. Sie waren am Ende ihres Lateins angelangt und hätten nun durch eine Demonstration auf dem Fischmarkt beweisen können, ob sie an den herrschenden Zuständen etwas ändern können. Ihre Hoffnung, die Danziger Gewerkschaften zu zertrümmern, ist an dem gesunden Sinn des Danziger Arbeiters gescheitert. In der Kartellsitzung am 27. Juni haben selbst ein Teil der Kommunisten ihre Radaupolitiker abgeschüttelt. Der Danziger Arbeiter ist von Natur kritisch veranlagt und erkennt bald, wo seine wahren Freunde sitzen. Der Sturm auf die Danziger Gewerkschaften, die Vorgänge im Gewerkschaftshaus in Berlin haben dem Danziger Arbeiter gezeigt, wohin die Reise geht.

Der alte Phrasenschwall der Kommunisten zieht nicht mehr. Neuer Stoff muß mit Gewalt herangezogen werden und da ist ihnen richtig die Polizei auf den Leim gehuppt. Wochenlang wird das der Arbeiterzeitung und den Geistern um Rahn ein gefundenes Futter sein.

Doch wollen wir die ernste Sache dabei nicht aus dem Auge lassen. Die Not der Erwerbslosen und deren Familien ist groß und bildet den Nährboden für solche Demonstrationen. Hier muß durchgreifende Abhilfe geschaffen werden. Neue Provokationen der Arbeiterschaft gehen täglich vom Senat aus. Mietssteigerungen, Steuererhöhungen, Lohnabbau steigern täglich die Erregung der Arbeiterschaft. Diese lehnt die Wege der Kommunisten ab, jedoch darf man in Kreisen des Senats nicht glauben, weil man durch ein ungeheures Aufgebot der bewaffneten Macht mit einer Handvoll Maulhelden fertig geworden ist, nunmehr auch mit der Danziger Arbeiterschaft fertig zu sein. Die Danziger Arbeiterschaft, gestützt auf ihre geschlossenen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei hat andere Waffen, ihren Willen durchzusetzen, die man mit einem noch so starken Aufgebot von Polizei nicht bekämpfen kann.

Die eigentlichen Demonstranten waren gestern die Polizeitruppen und zwar für ihre Überflüssigkeit. Gewiß hat die Polizei die Aufgabe, die Sicherheit der Einwohner zu gewährleisten, dazu gibt es aber andere Mittel als öffentliche Demonstrationen. In den Abendstunden boten die Straßen das gewöhnliche Bild, wo nicht die großen Polizeitrupps herumstanden. Hier hatten sich naturgemäß viel Neugierige, in der Hauptsache halbwüchsige Burschen angesammelt, die sich dort bald verliefen, wo die blaue Polizei aufgestellt war. Unsere alten Beamten lassen sich nicht aus der Ruhe bringen. Anders dort, wo die Sipo auftrat. Selber zum Teil noch halbwüchsige Burschen, brannte ihnen die helle Begeisterung aus den Augen, einmal etwas anderes zu un zu bekommen, wie Wache stehen. Die Art, wie sie Ansammlungen verhinderten und das Publikum zum Weitergehen aufforderten, war manchmal skandalös und nur der Ruhe und der Besonnenheit der Straßenpassanten ist es zu verdanken, wenn keine größeren Zusammenstöße erfolgt sind.

Ein Muttermord.

Ein erschütterndes Bild der Verwahrlosung gab eine Verhandlung gegen den Kaufmannslehrling Erich Lange aus Langfuhr. Der 23 jährige junge Mann hat eine gute Schulbildung genossen, wurde aber von seinen Eltern sehr verzärtelt. Der Krieg hat das übrige dazu getan, den sittlichen Halt zu zerstören. Nach dem Kriege geriet er auf abschüssige Bahn. Schiebergeschäfte und Unterschlagun- zu schaffen die Mittel lagen. [illegible] Verhandlung machen will, nimmt er [illegible] erwiesen [illegible] Schwurgericht verurteilte ihn zu [illegible] Zuchthausstrafe.

Erwerbslosen-Unterstützung. In der Woche vom 12. bis 18. Juni 1921 sind an Erwerbslosenunterstützung in der Stadt Danzig einschl. der Vororte Oliva und Emaus gezahlt worden 70 922,36 Mk. an 1335 Personen, gegen 84 658,12 Mk. an 1511 Personen in der Vorwoche.

Die Ringkämpfe im Neuen Operettentheater wurden eingeleitet durch das Treffen Köhler—Tornow, in dem es dem Brandenburger gelang in der 41. Minute den Sieg und in dem Revanchekampf an sich zu reißen. Das Entscheidungstreffen Mac Donald—Parabanoff wurde von beiden wieder sehr lebhaft geführt und wurde es Parabanoff nicht leicht gemacht, den sich heftig wehrenden Mac Donald in zirka 50 Minuten Gesamtzeit auf die Schultern zu legen. Das Entscheidungstreffen Stalling—Siegfried mußte wegen Eintritt der Polizeistunde in der 28. Minute abgebrochen werden und wird das nächste Mal an erster Stelle ausgetragen. — Heute, Mittwoch, ringen Parabanoff—Siegfried, sowie Entscheidungskampf Mac Donald—Stalling und Herausforderungskampf im freien Stil Tornow—Langer. Näheres siehe Inserat.

Eine unbekannte weibliche Leiche aufgefunden. Montag vormittag 4 Uhr bemerkte der Fischer Johann Brusch, Brösen, etwa 100 Meter nordwestlich des Brösener Seestegs eine im Wasser treibende weibliche Leiche. B. schaffte die vollständig bekleidete Leiche an Land und stellte Wiederbelebungsversuche an, die jedoch ohne Erfolg blieben. Die zirka 34 Jahre alte Person trug an der rechten Hand einen goldenen Ring mit rotem Stein, am Handgelenk der linken Hand ein goldenes Glieder-Armband. Papiere oder sonstige Ausweise waren nicht vorhanden. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Die Leiche ist beschlagnahmt und befindet sich in der Leichenhalle Brösen.

Polizeibericht vom 29. Juni 1921. Verhaftet: 6 Personen, darunter 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 2 in Polizeihaft.

Gesetzesverächter.

Vor kurzem berichteten wir, daß der Kurhauspächter Ibold aus Brösen wegen Unkenntnis des Gesetzes freigesprochen wurde. Er hatte entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes sich Kellner statt vom Städtischen Arbeitsamt, von dem früheren Stellenvermittler Encke vermitteln lassen. Heute haben wir erneut Ursache zu fragen, wie lange die Unkenntnis des Ibold dauert. Herr Ibold läßt sich nach wie vor von Encke Kellner vermitteln, nur daß der Zettel jetzt folgenden Wortlaut hat:

> Herrn Ibold, Kurhaus Brösen. Der Kellner .....
> kommt zur Aushülfe. Gehalt nach Tarif.
> Danzig, den 26. Juni 1921.
> Ihr gez. Encke.

Wir fragen höflich aber dringend, ob es in Danzig denn keine Möglichkeit gibt, Encke das Handwerk zu legen und Ibold aus seiner Unwissenheit zu befreien?

Die richtige Antwort. Der Besitzer Harder in Schönsee beschäftigte Schulkinder beim Rübenverziehen. Als Antreiber fungierte ein 18—19 jähriger Bursche, der seine Qualifikation als zukünftiger Inspektor dadurch beweisen wollte, daß er die Füße zu Hilfe nahm, um die arbeitenden Schulkinder anzutreiben. Erwachsene, die ihn auf das Strafbare seiner rohen Handlungsweise hinwiesen, gab er zur Antwort: „Das macht mir Spaß." Die Kinder faßten diesen Spaß jedoch etwas anders auf und legten an einem Tage geschlossen die Arbeit nieder.

Zoppot. Drohender Streik im Gastwirtsgewerbe. Bekanntlich hat der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten dem Arbeitgeberverband für das Gastwirtsgewerbe zu Zoppot im Auftrage der Angestellten, Lohnforderungen eingereicht. Die zuerst ablehnende Haltung der Unternehmer führte vor dem Schlichtungsausschuß soweit zur Verständigung, daß dieselben sich zu Verhandlungen auf der Grundlage eines bestehenden Tarifes „der Neuchristen" bereit erklärten. Verhandlungen, die am 23. und 24. d. Mts. stattfanden, verliefen resultatlos, da die Unternehmer als „alleinigen berechtigten Interessenvertreter" nur die Neuchristen anerkennen wollten — — —. Unter diesen Umständen sahen sich die Vertreter des Zentralverbandes veranlaßt, wollten sie nicht die Interessen ihrer Mitglieder verraten, die Sitzung zu verlassen. Man kann das Gefühl nicht von der Hand weisen, daß die Arbeitgeber unter allen Umständen eine Störung des Wirtschaftsfriedens herbeiführen wollen. Denn nur von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist ihr Verhalten zu erklären. Besonders wenn man berücksichtigt, daß die Organisation des Bundes in Zoppot etwa 20 bis 25 Personen aufweist, dagegen der Zentralverband zirka 350 bis 400 Mitglieder zählt. Gelingt es nicht in den Verhandlungen am 29. d. Mts. vor dem Schlichtungsausschuß eine Plattform zu finden, auf welche beide Teile treten können, so steht die Arbeitsniederlegung der gesamten Angestelltenschaft unmittelbar vor der Türe.

Zoppoter Stadttheater.

„[illegible]"

Aus seinem Winterspielplan hatte das Zoppoter Stadttheater gestern mit Neubesetzung mehrerer Rollen die [illegible] Weise mit Musik wieder hervorgeholt. Ueber das Stück ist schon gelegentlich seiner Aufführung im Danziger Operettentheater berichtet worden. Wenn das nicht gerade zahlreiche Publikum gestern auf seine Kosten kam, so ist das lediglich Otto Normann zuzuschreiben, der in der männlichen Hauptrolle wieder alle Register seines urwüchsigen [illegible] Humors spielen ließ und auch dem über den Blödsinn des Stückes ein wenig Bekümmerten den Mißmut nahm. Als seine Partnerin war auch Lucie Palmer in der Rolle der Emmy Kabowsky voll Laune und Uebermut, wogegen Martha Frey (Vera) reichlich blaß blieb und Walter Leopold in der Partie des Hopping nicht genügend Gelegenheit fand, seine eigentliche Kraft zu zeigen. Die übrigen Mitwirkenden, auf deren namentliche Aufzählung ich verzichten muß, fanden sich im allgemeinen mit ihren Aufgaben zufriedenstellend ab. Um die sogenannte Musik bemühte sich Kapellmeister Jonas nach Kräften.

W. O.

Versammlungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt:

Parteifunktionäre! Heute abend 6 Uhr in der Aula der Hilfsschule, Heilige Geistgasse 111: Wichtige Funktionärsitzung. (Bezirksleitung aller Bezirke und sämtliche Unterkassierer.) Erscheinen aller tätigen Genossinnen und Genossen ist dringend erwünscht.

4. Bezirk (Schidlitz): Donnerstag, den 30. Juni, abends 6½ Uhr, bei [illegible]: Bezirksversammlung: 1. Vortrag des Genossen [illegible]: Die Steuerfrage. 2. Bericht vom Parteitag. 3. Verschiedenes.

Deutscher Verkehrsbund:

Donnerstag, den 30. Juni 1921, abends 6 Uhr: Monatsversammlung der Sektion Posthelfer im „Vereinshaus zur Altstadt", Tischlergasse 49.

Freitag, den 1. Juli 1921, abends 7 Uhr: Oeffentliche Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten im „Vereinshaus zur Altstadt", Tischlergasse 49.

Sonnabend, den 2. Juli 1921, abends 6 Uhr: Monatsversammlung der Sektion Telegraphenarbeiter im „Vereinshaus zur Altstadt", Tischlergasse 49.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer:

Die am Freitag, den 1. Juli, stattfindende Monatsversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer fällt aus und wird noch besonders bekanntgegeben.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszl. 3,55) 3,75—72½ am Vortage

Dollar:	71¾	" "	72
Engl. Pfund:	269,—	" "	271—72
Franz. Franks:	5,72	" "	585
Schweiz. Franks:	12,10	" "	1135

Wasserstandsnachrichten am 29. Juni 1921.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ ,—	+ ,—	Pieckel	— 0,18	— 0,18
Warschau	+ 0,88	+ ,—	Dirschau	— 0,13	— ,—
Plock	+ 0,58	+ ,—	Einlage	+ 2,42	+ 2,40
Thorn	+ 0,25	+ ,—	Schiewenhorst	+ 2,08	+ 2,64
Fordon	+ 0,12	+ ,—	Schönau O. P.	+ ,—	+ ,—
Culm	+ 0,05	+ ,—	Galgenberg O. P.	+ 4,42	+ 4,42
Graudenz	+ 0,17	+ ,—	Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,04
Kurzebrack	+ 0,57	+ ,—	Wolfsdorf	— ,—	— ,—
Montauerspitze	+ 0,05	+ 0,05	Anwachs	+ 1,15	+ 1,07

Letzte Nachrichten.

Deutsch-amerikanischer Friede am 4. Juli.

Paris, 28. Juni. Nach dem „Newyork Herald" hoffen die republikanischen Führer im Kongreß, daß die Vereinigten Staaten sich mit Deutschland am 4. Juli im Friedenszustand befinden werden. Es wird bestätigt, daß beide Häuser des Kongresses zu einer Verständigung über die Resolutionen von Knox und Porter gelangt sind. Senator Lodge, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten sei nach Washington zurückgekehrt, um das Zustandekommen des Friedenszustandes am 4. Juli sicherzustellen.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Am Freitag, den 1. Juli, abends 6½ Uhr in der Gewerbehalle, Schüsseldamm

außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag.
2. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

4599 Der Vorstand.

Stroh- Panama- Velour- Filz- **Hüte** für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit **umgepreßt**, gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7. (gegenüber der Markthalle). (4388

Freie Baugenossenschaft zu Danzig.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1920

Aktiva.		Passiva.	
Neubauten	634 372 47	Geschäftsguthaben	56 164 39
Unbebaute Grundstücke	48 474 12	Spareinlage	26 305 06
Inventar	1 —	Hypotheken	42 831 03
Bankguthaben	9 848 —	Sicherungshypotheken für Überteuerungszuschüsse	560 000 —
Bare Hinterlegung	2 915 93	Gesetzl. Reservefonds	1 494 45
Kassenbestand	3 850 36	Hilfsreservefonds	377 57
		Kreditoren	10 140 —
		Dividenden	44 38
		Reingewinn	1 60[illegible] 43
	699 461 88		699 461 88

Mitglieder am Jahresanfang 305
Im Jahre 1920 beigetreten 6
311
Zum Jahresschluß haben gekündigt 38
Mitglieder am Jahresschluß 273

Geschäftsanteile am Jahresschluß nach Abzug der Kündigungen 273

Haftsumme 81 900,—

(4591

Der Vorstand
Walter Reek, H. M. David, Franz Kreft.

Der Aufsichtsrat
Julius Plastwich,
Vorsitzender.

Nach Beschluß der Generalversammlung vom 6. Mai 1921 sind die Geschäftsanteile auf 600,00 Mk. erhöht ebenso die Haftsumme. D. O.

Frohes Wandern

Ein Buch, das Freude geben will
von C. Schrod.-Bielefeld
Preis 5,50 Mark
Buchhandlung „Volkswacht"
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Zahn-Kranke
brauchen nicht lange zu warten und werden möglichst gleich nach ihrem Kommen behandelt. Neue Gebisse auf Wunsch bis 24 Std. Umarbeitungen und Reparaturen werden mögl. am selben Tage angefertigt. Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold. Garantie für Brauchbarkeit. Sehr schonende, möglichst schmerzlose Behandlung. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. Sprechzeit 8—7, Sonntags 9—12.
Institut für Zahnleidende
Teilzahlung erl. **Pfefferstadt 71 I** Teilzahlung erl.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.
Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

Aderverkalkung Herzbeschwerden Schwindelanfälle
Verl. Sie Gratisbroschüre über San.-Rat Dr. Weiser's [illegible] Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104a.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Bernsteindreherinnen Klöverinnen sowie Lehrmädchen
stellt ein (4587
Bernsteinwarenfabrik Walter Witzki,
Heilige Geistgasse 38.

Neues Operetten-Theater

Dir.: Paul Bauemann.

Heute und folgende Tage

Anfang 7.30 Uhr Anfang

Großer internationaler

Ringer-Wettstreit

um den großen Preis von Danzig im Betrage von 10000 Mark im Ringen.

Heute Mittwoch (20. Tag) ringen: Paradunoff gegen Siegfried

Entscheidungskampf

Stahlbug gegen Max Demski

Herausforderungskampf im freien Stil mit gegenseitigem Einsatz v. 500 M. in der Tarzan gegen Langer

Vor den Ringkämpfen das glänzende

Varieté-Programm!

Vorverkauf im Deutschhaus, Langgasse. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Libelle

Musik, Gesang, Tanz.

Varieté

Wintergarten

Olivaer Tor 16 Tel. 1[illegible]

Direktion: Arthur Löwinsohn

Täglich 7.30 Uhr

Das grosse

Sensations-Programm!

Fregolis

Herbert und Schäfer

Alex Steiner

Walloff's Affe

R. und W. Roberts

Severus

ferner die Varieté-Artisten

„Danzig steht Kopf"

Ein Sketch gesagt von Alex Steiner.

Grosser Lacherfolg!

Vorderes Rheinland: **Nimm mich mit** Stimmungs-Tänze!

Vorverkauf täglich im Theaterbüro Wintergarten ununterbrochen u. Sonntags, Langgasse, Wochentags 10—6 Uhr, [illegible] Sonntags 11—1 Uhr.

Für Puddings, Hammeris, Suppen, Tunken, Torten usw. verwende man stets

Dr. Oetker's Gustin

Bestes, deutsches Fabrikat! Volles deutsches Pfundgewicht!

Volksfürsorge,

Gemeinnützige Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —

Günstige Zeit für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Büros der Arbeiterorganisationen und per Postkarte in Danzig

Bruno Schmidt, Matzkauschen 24.

Apollo

Lichtbild-Theater

Pr. Durm 1. [illegible]

Jetzt vom 28. 6. bis 1. 7. 21

Die Senatorwahl

Detektivdrama in 4 Akten.

Stuart Webbs . . . . . Ernst Reicher

Frank Morten

Abenteuer-Film in 5 Akten.

Frank Morten . . . . . Leopold Bauer

Heinrich kriegt 'nen Drehfimmel

Blödelei in 3 Akten. [illegible]

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik von M. A. Hasse.

Prima Kammgarn-Wolle 4 M

Skge 50 Gramm . . . 3.50, 3.50,

Kieler Knaben-Anzüge 90 M an

Reine Wolle mit Zwirnkette. Eigenes Fabrikat in 10 Größen von

---

Unser Saison-Ausverkauf

bringt

Ueberraschendes

und

Außergewöhnliches

Wäsche, Korsetts

Unterrock, reich m. Säck. verz. 12.50
Damenhemd mit breiter Stickerei und Langette . . 24.50
Linon-Röcke a. gut. Hemdentuch m. breit. Stickereivolant 32.50
Nachtjacken m. Umlegekrag. Langette verziert 29.50
Korsett a. Köperperkal, solide verarbeitet 24.50
Korsett, prima grauer Drell 28.50

Waschstoffe

Bedr. Madapolame, gute Qualität, 80 cm 3.50
Kinderzephir, gestreift, für Hauskleider und Sportblusen 2.50
Waschmousseline, hübsche Dirndlmuster 10.50
Kadett f. Knaben-Anzüge, erste Qual. 50 cm br. 18.75, 70 cm br. 14.50,
Baumwoll. Cheviot, haltbar, mar. f. Knaben u. Turnhosen 48.75

Baumwollwaren

Hemdentuch, gut. mittelstarkfädige Ware, 80 cm breit 8.50
Bettzeug, weiß-rot kariert, gediegene Qual., 80 cm breit 11.25
Waterproof, solide Qualität 16.50
Lakenstoff, 140 cm br. Rohnessel, geschlossene Ware 18.75
Schürzenwater, ie Qualität, dunkel gestr., 120 cm breit 18.75

Kleiderstoffe

Sportflanell, weiß und blaugrundig, gestreift, 70 cm br. 8.75
Kleider-Velour, gute Qual., hübsche Dessins 12.75
Blusenstoffe, dunkelgrundig gestreift 14.75
Hauskleiderstoff, wollgemischte griffige Ware . . . 19.50
Schotten, für Kinderkleider 19.50

Schürzen

Wiener Form, dunkel gestreift Water 14.75
Weiße Zierschürze mit Trägern, reich garniert . . . 15.50
Blusen-Schürze, hell und dunkel gestr. Water, hübsch garniert 21.50
Weiße Zierschürze, Wiener Form mit Stickerei garniert 28.50

Gardinen

Tüll-Vitragen, moderne Muster, per Meter 8.50, 7.50, 5.—
Tüll-Gardinen, halb. Qualitäten, p. Meter 13.—, 12.—, 10.—
Tüllbettdecken, mod. Muster für 1 Bett . . . . . 75.—, 65.—
Tüllbettdecken, mod. Muster für 2 Betten . . . 160.—, 135.—
Künstlergarnituren, 3teilig, haltbares Gewebe, reiche Ausnaisierung 92.—, 82.—, 78.—

Damenstrümpfe

Damenstrümpfe, engl. lang, schwarz, lein gewebt, verst. Spitze und Hacke 4.75
Damenstrümpfe, engl. lang, lederfarbig 5.75
Damenstrümpfe, schw., Strapaz.-Qu., dopp Sohle u. Hochf. 8.50
Damenschleierstrumpf, schwarz mit Seidengrill . . 14.50
Damenstrümpfe, Seidenfl. m. dopp. Sohle u. Hochferse, echt marz., schw. u. farb., sehr eleg. 17.50

Kinderröckchen und -Strümpfe

Kindersöckchen farbig u. schwarz gute Qualitäten zum Aussuchen
Für 1—4 Jahre 5—7 J. 8—14 J.
2.50 3.50 4.50

Kindersöckchen mit farb. Wollrand
Für 1—4 Jahre 5—7 J. 8—14 J.
3.50 4.50 5.50

Kinderstrümpfe schwarz und braun
Für 1—4 Jahre 5—7 J. 8—14 J.
5.75 6.75 7.75

Extra-Anzeigen auf Tischen

Extra-Dekorationen in allen Fenstern

DAMEN-BEKLEIDUNG

Farbige Blusen 19.75
Weiße Volle-Bluse mit Filet-Motiven 32.—
Voll-Volle-Bluse mit farbigen Tupfen u. Hohlsaumgarn . . . . . 42.—
Voll-Volle-Bluse m. Jabot u. Filet-Spitze 58.—
Voll-Volle-Bluse m. gestickten Jabot langer Ärmeln . . . . . 78.—
Reinwollener Jumper . . . . . 98.—

Farbiges Batist-Kleid . . . . . 42.—
Farbiges Waschkleid hell und dunkel Muster . . . . . 55.—
Geof. Volle-Kleid jugendliche Form . 79.—
Vollvolle-Kleid mit farbiger Stickerei 98.—
Frottee-Kleid flotte Verarbeitung . . 98.—
Jumper-Kleid weißer fester Stoff . . 115.—

Leinen-Rock mit Lacco-Stepperei . . 29.50
Schwarzweiß-karierter Rock mit Falten und Knopfgarnitur 49.50
Wollener Schottenrock 49.50
Schwarzer Rock m. Falten u. Knopfgarn. 59.—
Rock englische Art mit Taschen . . . 69.—
Frotteerock weiß feche Form . . . 75.—

Damen-Putz

Hollandschleifchen, prima Batist mit Spitzen 9.75
Plisseehüten für Mädchen in neuen Farben 15.75
Marienmützen mit Schriftband 19.75
Ein Posten Hutformen, teils echte Geflechte 69.—, 39.—, 19.50
Ein Posten garnierte Hüte, teils Orig.-Modelle 145.—, 68.—, 34.50
Ein Posten Blumen und Laub 0.95, 0.65, 0.25

Etwas ganz Besonderes!

1500 Stück abgepaßte bestickte Schleier, schwarz und farbig . 6.75

Toilettenseife gute Qualität, verschiedene Gerüche . . 1.50

Deutsche Haushaltseife Doppelreig. 250 gr . . 9.10

Diätetisch. Fettseife ca. 60% Fettg. 3 Pfd.-Block 9.50

REYMANN

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 149 | Mittwoch, den 29. Juni 1921 | 12. Jahrgang

Sabotierung der proletarischen Jugendbewegung.

Es weht ein reaktionärer Wind durch Danzig. Das trat auch in der Stadtverordneten-Versammlung bei der Behandlung des sozialdemokratischen Antrages betr. Einstellung von Schwerkriegsbeschädigten in Erscheinung. Gen. Behrend nahm sich in warmherziger Weise der Opfer des Weltkrieges an und wies auf die skandalöse Bezahlung der Kriegsbeschädigten in einzelnen Betrieben hin. Wie manche Arbeitgeber über den Dank des Vaterlandes denken, verriet der deutschnationale Stadtverordnete Habel. Auch von einer Buchdruckerei war die Rede. Der Name wurde nicht genannt, aber es ist stadtbekannt, daß damit die Firma Julius Sauer, Inhaber Krogoll, gemeint ist. Die Annahme des soz. Antrages gibt dem Senat Gelegenheit, etwas für die Kriegsopfer zu tun. Einen Sturm der Entrüstung erregte auf der linken Seite des Hauses der Beschluß des Senats, die Kommunistische Jugend aus dem Städtischen Jugendheim in der Reiterkaserne zu vertreiben. Der Senat hat beschlossen, politischen Jugendorganisationen öffentliche Gebäude nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Die Redner der Linken erklärten mit Recht, daß es unpolitische Jugendvereine überhaupt nicht gibt. Damit dient man den Interessen der Jugend nicht, wenn man sie obdachlos macht. Derartige Beschlüsse wirken aufreizender als die radikalste kommunistische Rede und zeigen, welche extrem-reaktionäre Richtung im Senat herrscht. Senator Dr Strunk verteidigte mit sichtlichem Unbehagen den unklugen Senatsbeschluß. Wie auf allem öffentlichen Gebiete, z. B. Erhöhung der Mieten, Heraufsetzung des Zuckerpreises usw. zeigt sich auch hier wieder der unheilvolle Einfluß der Deutschnationalen. Man geht nicht fehl, wenn man die deutschnationalen Gebrüder Ziehm für diese arbeiterfeindlichen Taten verantwortlich macht. Der Beschluß muß aufgehoben werden, da er eine Brüskierung der gesamten Arbeiterschaft bedeutet.

•

Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni 1921.

Unter geschäftlichen Mitteilungen gab der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Brunzen Kenntnis von einer Resolution des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, die sich gegen die Ausführungen des Zentrums-Stadtv. Evert in der letzten Stadtverordnetensitzung richtete. Leider wurde das Schriftstück nicht verlesen.

Einem wiederholt ausgesprochenen Wunsche der Stadtverordneten entsprechend, sollten zwei weibliche Stadtverordnete gewählt werden, die jederzeit das Waisenhaus Pelonken besichtigen können. Der Wahlausschuß hatte hierfür die Stadtv. Frau Lemke (Zentrum) und Frau Richter (D. P.) vorgeschlagen. Stadtv. Gen. **Behrend** protestierte gegen die Ausschaltung der Linken und brachte unsere Gen. Szymansky oder Frau Käte Leu in Vorschlag. Nach kurzer Debatte wurde die Angelegenheit an den Wahlausschuß zurückverwiesen.

Geldbewilligungen.

Ohne Aussprache wurden bewilligt: 8000 Mark für die Herrichtung von Räumen für den Handfertigkeitsunterricht im früheren Garnisonlazarett, 29 000 Mark zum Ankauf von Inventar für die Wendische Mittelschule, 8000 Mark für den Ausbau der Lehrerwohnung im Schulhause zu Neufähr.

Für Umbauarbeiten im Stadttheater wurden 89 000 Mark angefordert. Stadtv. **u. Budzynski** (Pole) bestritt die Notwendigkeit dieser Ausgabe. Stadtv. Frau **v. Karbfleisch** (Dnatl.) wies demgegenüber daraufhin, daß in Zukunft die Stadt die Kostüme der Schauspieler stellen muß und dazu auch geeignete Garderobenräume geschaffen werden müssen. Die Summe wurde bewilligt.

Der Antrag des Senats, sich mit einem Geschäftsanteil von 6400 Mark an das Spielklubunternehmen in Zoppot zu beteiligen, wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Mit der Pensionierung des Direktors Gorsch vom Wohlfahrtsamt erklärte sich die Versammlung einverstanden. Das Ruhegehalt beträgt 11 900 Mark.

Zum Wohle der Kriegsbeschädigten

hatte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Senat zu veranlassen, nur solchen Firmen Arbeitsaufträge zu erteilen, die mindestens die gesetzliche Anzahl Schwerbeschädigter beschäftigen und denselben auch tarifmäßigen Lohn zahlen."

Stadtv. Gen. **Behrend:** Es ist äußerst schlimm, daß wir uns mit diesen Fragen öffentlich im Parlament beschäftigen müssen. Hunderte von Personen, die auf den Dank des Vaterlandes Anspruch haben, gehen in Danzig vor Hunger zugrunde. Das Reichsgesetz vom 9. Januar 1919, das bestimmt, daß auf je 25 Arbeiter ein Schwerkriegsbeschädigter eingestellt werden muß, gilt auch im Freistaat. Aber gleich nach der Abtrennung Danzigs von Deutschland versuchte eine große Anzahl Arbeitgeber, das Gesetz zu umgehen. Leider ist in dem Gesetz nichts über die Entlohnung der Kriegsbeschädigten gesagt. Die Entlohnung mancher Kriegsopfer ist skandalös. Einige Firmen zahlen den Beschädigten zwar die tariflichen Löhne, andere versuchen die Lage der Kriegsbeschädigten noch auszubeuten. In der „Volksstimme" ist dem Bauunternehmer Schwiege nachgewiesen worden, daß er für gleiche Arbeitsleistung beim Steineputzen den Kriegsbeschädigten 3 Mark Stundenlohn zahlte, den jugendlichen Arbeitern 3,70 Mk., und den Vollarbeitern 5,60 Mark. Eine Buchdruckerei zahlt an die Kriegsopfer ein Wochenlohn von 75 Mark; ein Restaurant zahlt 28 Mark und in einem anderen Restaurant ist ein Kriegsbeschädigter gar auf Trinkgelder angewiesen. Der Volkstag muß diese Frage gesetzlich regeln. Bis dahin muß der Senat durch Berücksichtigung unseres Antrages auf die Arbeitgeber einen Einfluß ausüben.

Stadtv. **Manfried** (Dnatl.) schloß sich dem Antrage an und verurteilte das Verfahren, den Rentenempfängern den Lohn zu kürzen.

Stadtv. **Habel** (Dnatl.) **befürchtete, daß derjenige Arbeiter, der Rente und tariflichen Lohn erhält, zuviel bekommt.** Man würde auf den Widerstand der anderen Arbeiter stoßen! Man solle den Kriegsbeschädigten soviel geben, daß sie das gleiche Einkommen haben wie die Vollarbeiter.

Die Stadtv. Dr. **Thun** (Zentr.) und **Siebenfreund** (D. P.) befürworteten den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Letzterer mißbilligte ziemlich deutlich die Ansichten des Herrn Habel.

Stadtv. **Kunze** (Unabh.) wünschte eine vermehrte Beschäftigung von Kriegsbeschädigten durch den Senat. Eine ganze Reihe von Arbeiten, die heute von Damen erledigt werden, könnte von Kriegsverletzten gemacht werden.

Stadtv. Gen. **Behrend** wies die Ausführungen des Stadtv. Habel zurück und bat um Annahme des Antrages. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Haus schritt alsdann zur

Etatsberatung.

Bei dem Haushaltsplan des **Wohlfahrtsamts** wies die Berichterstatterin, Frau Stadtv. Richter darauf hin, daß die Ausgaben 5 521 000 Mark betragen, gegen etwa 2 Millionen Mark im Vorjahre. Die Summe von 200 000 Mark für außerordentliche Unterstützungen erscheine zu gering, da bereits in den Monaten April und Mai für diesen Zweck 68 469 Mark ausgegeben worden sind. Weiter klagte Rednerin über das unsoziale Verhalten der Beamten auf dem Wohlfahrtsamt. Es sei unerhört, daß Anträge, die vom Jugendamt oder Tuberkulosefürsorgestellen befürwortet wurden, von dem Bureauinspektor kurzerhand abgelehnt werden.

Stadtv. Dr. **Thun** (Zentr.) beklagte die Einführung der freien Arztwahl auch für die Stadtarmen. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bezirksarmenarzt und den Armen seines Bezirks sei dadurch zerstört worden.

Stadtv. Gen. **Behrend** wünschte, daß bei den Begräbnissen der Armen auch für Blumenschmuck gesorgt wird; ebenso möge man den Armenfriedhof etwas freundlicher gestalten. Es sei zweckmäßig, den im Krankenhaus untergebrachten Invaliden einen Teil ihrer Rente zur Bestreitung ihrer persönlichen Bedürfnisse auszuhändigen. Der Etat für die Trinkerfürsorge erscheint zu gering. Der Mindestunterstützungszusatz von 30 Mark monatlich an Armenunterstützung hat sich bewährt. Das Wohlfahrtsamt möge rechtzeitig die Winterbeihilfe vorbereiten.

Senatsvertreter Dr. **Mauer** sagte Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche zu. Die Beamten des Wohlfahrtsamtes seien angewiesen, Hilfesuchende wohlwollend zu behandeln. (Zuruf des Gen. Behrend: In höflicher Weise!) Der Etat wurde in erster Lesung angenommen.

Eine Brüskierung der Arbeiterschaft durch den Senat.

Bei dem Etat des **Jugendamtes** fragte Stadtv. Frau Leu an, ob tatsächlich ein Beschluß des Senats vorliege, wonach **die kommunistische Jugendorganisation aus dem Jugendheim in der Reiterkaserne entfernt werden soll.**

Senator Dr. **Strunk** erklärte, daß der **Senat beschlossen** habe, **den politischen Jugendorganisationen Schulen und öffentliche Gebäude nicht mehr zur Verfügung zu stellen.**

Stadtv. Frau **Leu** erwiderte, daß sämtliche Jugendvereine einen politischen Hintergrund haben. Der Senat hätte Größeres und Klügeres getan, wenn er für eine würdigere Ausgestaltung des Jugendheimes Sorge getragen hätte.

Stadtv. Gen. **Borchard:** Der Beschluß ist unglücklich und trägt zur Ausbreitung revolutionärer Gesinnung bei. Die frühere Jugendwehren waren auch politisch.

Stadtv. Gen. **Grünhagen** verlangte vom Senat eine Erklärung, ob er an dem Beschluß festhalte. Ohne politischen Hintergrund gibt es keine Jugendvereine. Entweder gleiches Recht für alle oder der Beschluß wird aufgehoben.

Stadtv. Dr. **Dülfschke** (Dnatl.) vertrat die Ansicht, daß politische Jugendorganisationen nicht in die Schulen hineingehören. Seine Parteifreunde stützen die Stellungnahme des Senats.

Stadtv. **Mau** (Unabh.) betont, daß in allen Großstädten des Deutschen Reiches die öffentlichen Gebäude den Jugendorganisationen zur Verfügung stehen. Das ist eine logische Folge des Verhältniswahlsystems. Redner verlangte Aufhebung des Beschlusses.

Senator Dr. **Strunk** erklärt, daß dieser Beschluß in der vergangenen Woche gefaßt worden ist; er werde die Erklärungen der Stadtverordneten dem Senat zur Kenntnis bringen. Es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen Jugendvereinen und Jugendorganisationen, die sich selbst als politisch bezeichnen. Auch seien Beschwerden über die kommunistische Jugend erfolgt.

Stadtv. **Fiekau** (Kom.) wies demgegenüber darauf hin, daß seitens der bürgerlichen Jugend häufig genug grober Unfug angerichtet wird. Die Schulen und andere öffent-

---

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

24) (Fortsetzung.)

„Wer ist das?" fragte der Aufseher.

„Ich weiß nicht, wie er heißt; er wird Gus genannt und arbeitet am Förderkorb. Ein Kerl mit einem roten Gesicht."

„Ich weiß schon, — Gus Darling."

„Er hat versucht, mit mir von Gewerkschaften zu reden, immer wieder fängt er davon an, ich glaube, er ist ein rechter Störenfried."

„Gut" — entgegnete der Aufseher. — „Ich werde ihn mir vornehmen."

„Sie werden ihn aber nicht wissenlassen, daß ich Ihnen etwas gesagt habe?" — meinte Hal besorgt.

„O nein, gewiß nicht." — Und ein schwaches Lächeln huschte über das Gesicht des Aufsehers.

Auch Hal lächelte, als er sich zum Gehen wandte. „Gus, der rotgesichtige Kerl," war der Mann, den ihm einst Madvik als Spitzel der Gesellschaft bezeichnet hatte.

Doch war es eine ganz verzwickte Sache um diese Spitzelwirtschaft, so daß man wirklich nicht daraus klug werden konnte. Eines Sonntag morgens spazierte Hal den Canon hinauf und begegnete auf seinem Wege einem jungen Burschen, der ihn ansprach und nach geraumer Zeit die Rede auf die Arbeitsverhältnisse des Nord-Tales brachte. Er sei erst eine Woche dort, berichtete er, und jeder mit dem er bis jetzt gesprochen, murre über falsches Abwägen. Zwar sei er kein Vollhauer und daher persönlich nicht an der Sache beteiligt, doch interessiere sie ihn und er wüßte gerne, wie Hal darüber denke.

Dieser stand nun vor der Frage, ob der Fremde tatsächlich ein Arbeiter oder ob er von Alec Stone beauftragt sei, ihn auszuspionieren. Der Bursche schien intelligent, war ein Amerikaner, — was an für sich verdächtig anmutete, da die neuen Arbeiter der Gesellschaft meist aus Gegenden östlich von Suez stammten.

Hal beschloß, die Fragen eine Weile zu parieren und erwiderte, er glaube nicht, daß die Bedingungen hier schlechter seien als anderswo. Geklagt werde ja immer und überall.

Der Fremde meinte, dies treffe zu, doch schienen die Dinge in diesen Kohlengruben wirklich besonders arg zu sein; vielleicht kam dies daher, weil die Gruben so weit entfernt lagen und die ganze Umgebung der Gesellschaft gehöre.

„Wo waren Sie früher?" — fragte Hal und versuchte seinem Gefährten eine Falle zu stellen. Doch antwortete dieser ohne Verlegenheit, geradeheraus: er schien tatsächlich in sechs Kohlengruben gearbeitet zu haben. In Mateo hatte er monatlich einen Dollar für Benützung des Waschhauses zahlen müssen, obschon es niemals genügend Wasser und überdies bloß ein gemeinsames Waschschaff für alle gab, was eine äußerst schmutzige, ekelige Einrichtung war. In der Fichten-Schlucht — Hals Herz schien bei der bloßen Erwähnung dieses Namens still zu stehen. — hatte der Fremde bei seinem Aufseher gewohnt: das Dach war derart rissig gewesen, daß der Regen alle seine Sachen ruinierte; der Aufseher ließ das Dach nicht reparieren; zog man aus, so verlor man seine Stelle. In Cold-Ridge hatte er mit zwei Kameraden eine zweistöckige Hütte gemietet und sie hatten selbst Wirtschaft geführt, trotzdem sie im Warenhaus für einen Sack Kartoffeln einen Dollar, fünfzig Cents und für ein Pfund Zucker elf Cents bezahlen mußten. Sie hatten gewirtschaftet, bis es eines Tages kein Wasser gab und sie entdeckten, daß das ihnen monatlich mit einem Dollar berechnete Wasser aus der Grube gepumpt wurde, wo aller Schmutz der Menschen und Maultiere aufgehäuft lag.

Hal ließ sich nichts ein, schüttelte bloß den Kopf und meinte, alldies sei freilich nicht schön, doch erginge es dem Arbeiter immer so, da sei weiter gar nichts zu machen. Sie schlenderten ins Dorf zurück, der junge Fremde war offensichtlich verwirrt. Hal hingegen schien es, als sei er in einer Detektivgeschichte am Ende des ersten Kapitels angelangt. War dieser junge Mann der Held oder der Mörder? Er wird wohl das Buch zu Ende lesen müssen, um Gewißheit zu erhalten.

*

Hal behielt seinen neuen Bekannten im Auge und bemerkte, daß er auch mit anderen sprach; so zum Beispiel mit dem alten Mike, der einer Aufforderung, seiner Unzufriedenheit Worte zu verleihen, niemals widerstehen konnte, wenn sie auch gleich vom Teufel selbst ausgegangen wäre. Hal beschloß, daß da etwas geschehen müsse.

Er beriet sich mit seinem Freund Jerry, der als Radikaler vielleicht einen Prüfstein für den Fremden besaß. Jerry suchte den Mann in der Mittagspause auf und mußte nachher zugeben, daß auch er, gleich Hal, im Dunkeln tappe. Entweder war der Mann ein Agitator, der „etwas" organisieren wollte, oder er war ein von der Gesellschaft ausgesandter Detektiv. Es gab nur ein Mittel, die Wahrheit zu erfunden; einer mußte ganz aufrichtig zu ihm sprechen; dann würde man schon sehen, was geschehen werde.

Nach kurzem Zögern nahm Hal die Rolle des eventuellen Opfers auf sich. Die ganze Sache hatte seine Abenteuerlust, die durch die harte Arbeit betäubt worden war, aufs neue erweckt. Der geheimnisvolle Fremde deuchte ihm eine neue Art Bergmann, der in Menschenseelen grub; Hal würde die Gegenmine legen, ihn vielleicht in die Luft sprengen. Er konnte es sich leisten, besser als andere, besser zum Beispiel als die kleine Frau David, die den Fremden in ihr Heim aufgenommen und ihm bekannt, daß ihr Mann einst der revolutionärsten aller Bergmannsgewerkschaften, der „Süd-Walliser-Föderation" angehört hatte.

Am folgenden Sonntag forderte Hal den Fremden zu einem Spaziergang auf; dieser weigerte sich, bis Hal erklärte, er habe ihm etwas mitzuteilen. Während sie den Canon hinaufschritten, sagte Hal: „Ich habe über das, was Sie von den Verhältnissen der Kohlengruben sagten, nachgedacht und bin zu dem Schluß gekommen, daß uns im Nord-Tal eine kleine Aufrüttlung recht wohl täte."

„Wirklich?"

„Als ich zuerst herkam, glaubte ich, die Leute seien grundlos unzufrieden; seithem habe ich mich überzeugt, daß keinem einzigen sein Recht wird. Zum Beispiel wird niemand für volles Gewicht bezahlt — außer den besonderen Günstlingen des Wagmeisters. Das weiß ich bestimmt; mein Partner und ich haben es erprobt. Wir haben den einen Karren ganz leicht beladen und er wurde hier achtzehnhundert gewogen; auf den nächsten luden wir mehr als doppelt so viel — und bekamen zwei- oder dreiundzwanzig.

... [illegible] ... auch gesetzlich ... Mitbenutzung ... [illegible] ... betonte, daß der Beschluß eine Macht- [illegible] und zwar nicht des Rechts, sondern des Geldsacks. Das Jugendheim solle allen Jugendorganisationen Obdach geben. Politik wird in allen Schulen getrieben, z. B. anläßlich des Todes der früheren Kaiserin. Ueber die kommunistische Jugend sind nicht mehr Klagen erfolgt, wie über die anderen Jugendlichen.

Stadtv. **Juhlbrügge** (Dt. P.) äußerte gegen den Beschluß des Senats gleichfalls schwere Bedenken. Man solle den schulpflichtigen Kindern die Teilnahme an politischen Vereinen verbieten.

Stadtv. **Genossin Szymanski: In der Sitzung des Hauptausschusses für Jugendfürsorge wurde Klage geführt über die große Verwahrlosung der Jugend, und jetzt hindere man die Jugend bei der Pflege guter Geselligkeit. Arbeiterheime sind bei der jetzigen Wohnungsnot nicht immer geeignet. In den Jugendheimen werde nur wenig Politik getrieben.** Die Hauptsache seien belehrende Vorträge, Handarbeit und Spiele. Der Hauptgedanke bei Errichtung der Jugendheime sei doch, die Jugend vor der Verwahrlosung und dem Kino zu bewahren.

Stadtv. Gen. **Grünhagen: Wir haben gar keine Veranlassung**, den Senat um Aufhebung des Beschlusses zu bitten. Durch ihn wird demonstriert, daß es zweierlei Recht gibt. Die Arbeiterschaft hat ihre Jugend sittlicher erzogen als das Bürgertum, da der politische Meuchelmord nur von dem Nachwuchs des Bürgertums verübt wurde. Redner wies auf Marburg und München hin. Das reaktionäre Verhalten der bürgerlichen Mehrheit in der Steuerfrage beweist, daß die Arbeiter und Angestellten die Mittel zum Unterhalt des Staates aufbringen müssen, daß man ihnen aber die Gleichberechtigung und die Benutzung der öffentlichen Gebäude versagt. Durch solche Beschlüsse wird der Bolschewismus gefördert.

Auf eine Anfrage des Stadtv. Gen. **Borchert** teilte der Direktor des Jugendamtes Dumkow mit, daß im früheren Westpreußen noch einige Danziger Zöglinge untergebracht sind. Es befinden sich noch einige Danziger Pfleglinge in deutschen Familien bei Konitz. Die Kinder sollen nach Danzig zurückgeholt werden.

Der Etat des Jugendamtes wurde genehmigt. Die Gesamtausgabe des Etats beträgt 1 420 000 Mark.

Bei dem Haushaltsplan der **Kinderkrippe** wies Stadtv. Frau **Leu** auf die Unzulänglichkeit dieser Einrichtung hin, die nur 35 Kindern Aufnahme gewähren kann. Die Unterbringung unehelicher Kinder wird durch die hohen Pflegesätze für die Familienpfleglinge in vielen Fällen unmöglich gemacht. Eine stärkere Heranziehung der Kinderstation des Arbeitshauses sei zu empfehlen.

Senatsvertreter Dr. **Meyer** antwortete, daß nach Verteilung des Reichs- und Staatseigentums ein Ausbau der Krippe geplant ist. Der Etat wurde in 1. Lesung verabschiedet.

Sabotierung der Mädchenfortbildungsschule durch die Arbeitgeber.

Der Etat der **Fortbildungsschule** gab dem Stadtv. **Falkenberg** (Dtnatl.) Gelegenheit zu einer Anfrage über den Stand der Anmeldungen zur Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.

Stadtv. Direktor **Jaffe** erwiderte, daß etwa 1200 bis 1500 Mädchen in Frage kommen, von denen bisher trotz wiederholter Aufforderung nur 400 bis 500 angemeldet worden sind. Bei Einführung der Knabenpflichtfortbildungsschule hat man die gleiche Erfahrung gemacht.

Die Haushaltspläne der Straßenreinigung, des Wanderungsamtes, der Gartenbauverwaltung wurden nach kurzer Debatte genehmigt. Die Aussprache über den Etat der Tiefbauverwaltung verlor sich in Kleinigkeiten. Alle möglichen Wünsche wurden vorgebracht. Man sprach von der Entwässerung des Troyls, Sperrung der Werftgasse, über den Ausbau der Jungstadt, Befestigung des Bollwerks am ... Antrag Mettau verlangte Ausbau ... am Krähenberg. Die von deutschnationalen Stadtverordneten gewünschte Ausbaggerung der Fahrrinne der Mottlau auf 5 Meter muß nach Ansicht des Stadtbauinspektors Bruhns unterbleiben, weil die Kosten dieser Arbeiten etwa 7 Millionen Mark betragen würden. Der Etat wurde in erster Lesung angenommen.

Gegen den Etat der Handelsanstalten wurden Einwendungen nicht erhoben.

Einige Eingaben fanden nach den Beschlüssen des Eingabenausschusses ihre Erledigung. Als neues Mitglied ist der Bäckermeister Banjemer (Dtnatl.) an Stelle des Senators Jarsson eingetreten. Gegen 8¼ Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

„Kommunistisches Theater" im Volkstage.

56. Vollsitzung des Volkstages

Dienstag, den 28. Juni 1921.

Vizepräsident Dr. [illegible] eröffnete kurz nach 3 Uhr nachmittags die Sitzung bei schwachbesuchtem Hause. Es wird sofort mit der 1. Beratung eines Gesetzes über „Abänderung der Ergänzungssteuersätze" in die Tagesordnung eingetreten. Das Gesetz wird ohne Debatte einem neuen Ausschuß überwiesen.

Es folgt dann die 1. Beratung eines Gesetzes über „Abgaben zum Wohnungsbau". Genosse Gehl beantragt Ueberweisung des Gesetzes an den Siedlungs-Ausschuß, was ohne Debatte angenommen wird. Zur 2. Beratung eines

vorläufigen Haushaltsgesetzes

für das Rechnungsjahr 1921 berichtet Abg. v. Schröter (Dt. P.), daß das Gesetz schon zweimal den Hauptausschuß beschäftigt habe. In der 1. Lesung wurde es nach der Vorlage des Haushaltsetats dem Hauptausschuß überwiesen und dort am 23. Juli verabschiedet. Bei Punkt 1 des Entwurfes wird nach Artikel 50 der Verfassung der Senat ermächtigt, nach dem Vorschlag des Ausschusses zu verfahren. Bei Punkt 8a für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird auf die staatliche Schulaufsicht näher eingegangen. Es bestehen im Freistaat 8 Kreisschulräte. Die angestellten Schulinspektoren haben bis zu 60 Klassen zu beaufsichtigen, jetzt allerdings sind es 130 Klassen. Der Bezirk Zoppot hat 173 Klassen. Es sind 4 Bezirke angegliedert, Kreis Zoppot, Tiegenhof und Danziger Niederung, Praust. Die Regierungs-Vertretung der Kreisschul-Inspektion in Zoppot hat 81 Schulorte für 173 Klassen und 171 Lehrern. Der Kreis Praust hat 69 Schulorte mit 116 Klassen und 109 Lehrern. Der Kreis Danziger Niederung hat 55 Schulorte mit 104 Klassen und 102 Lehrern. Der Kreis Tiegenhof hat 78 Schulorte mit 129 Klassen und 125 Lehrern. Im Freistaat gibt es 258 öffentliche Volksschulen. In 228 Orten sind 518 Klassen mit 565 Lehrern, mit 4 bis 6 staatlichen Kreisschulräten. Ein Schulrat bekommt nach Position 2 b 19 500 Mark. Enthalten sind bei dieser Summe die Beträge für Schulverwaltung, Bureau-Miete, Reise- und Portokosten. Der Voranschlag ist eher zu niedrig als zu hoch. Deshalb wurden hierfür 18 000 resp. 22 500 Mark von einer Fraktion vorgeschlagen. Die Mehrheit war für 18 000 Mark für den Kreis, wovon der Schulrat 15 000 Mark erhält. Bei Punkt 8c für Medizinal- und Gesundheitswesen wurde der Mietzins bemängelt. Die Forderungen wurden in der 1. Lesung abgelehnt. In der 2. Lesung jedoch vom Senat der Nachweis erbracht, daß in staatlichen Gebäuden die Mieten für solche Räume sehr hoch sind. Zu Position 8a betr. die Ausgabe für Boote der Hafenpolizei wurde erwähnt, daß man für die Anschaffung schnellerer Boote eintreten müsse, weil die vorhandenen Boote langsamer fahren, als die Boote die oft verfolgt werden müßten. Der Ausschuß hat dies anerkannt und gegen die Stimmen der Linken angenommen. Bei 3 h handelt es sich um die Anstalt Silberhammer, bei der für notwendige Anschaffungen und Erweiterungen ein Darlehn von 50 000 Mark gewährt werden soll. Die Anstalt ist für Schwachsinnige und Fürsorgezöglinge eingerichtet und einem Bruderhaus angegliedert. Beide arbeiten aber sehr billig. In 4 Häusern sind 80 Pfleglinge, in 3 Häusern 40 Pfleglinge und 34 Zöglinge untergebracht, wovon 92 Zöglinge auf Kosten des Senats zu leben sind. In 2 Privathäusern sind 10 Pfleglinge, ein Haus hiervon befindet sich jedoch nicht in Danzig. Das letzte hat 120 Morgen Land und ist sehr rentabel. Auf diesen Anstalten sind nun Hypotheken von 140 000 Mark und 120 000 Mark eingetragen und Darlehen von 200 000 Mark aufgenommen. Durch umfangreiche notwendig gewordene Reparaturen werden nun 50 000 Mark gebraucht. Ein Teil der Kosten wird durch staatliches Kapital aufgebracht. Die 50 000 Mark werden als 1. Rate bewilligt.

Das Medizinal-Untersuchungsamt kann durch Kauf vom preußischen Staat erworben werden. Die hierfür angesetzte Summe beträgt 160 000 Mark. Ferner werden 15 000 Mark für Untersuchungen, 5000 Mark für eine Bibliothek und weitere 5000 Mark für Schreibmaschinen und Bureauartikel gebraucht. Die Angliederung an das Krankenhaus ist beschlossen. Es wäre die Frage aufzuwerfen, ob die Anstalt zum Vorteil des Staates dient. In der 1. Entschließung wurde die Vorlage mit 4 gegen 1 Stimme angenommen.

Die Vorlage wird um die Ziffer 39 erweitert und wird zum Umbau des Landeshauses für den Volkstag die Summe von 150 000 Mark gefordert. Davon entfallen 90 000 Mark für Hypotheken und 16 000 Mark werden für den Umbau des Gestühls welches im Generalkommando war bewilligt. Die Bedenken ob wir das Landeshaus erhalten, bestehen wohl nicht mehr und wurde die Vorlage im Ausschuß mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen. Für den außerordentlichen Bedarf bei Einrichtung des Freistaates und für Ausgaben zu werbenden Zwecken, im Wege des Kredits Geldmittel bis zur Höhe von 200 Millionen zu beschaffen, ist durch den Beschluß des Volkstages vom 28. April 1921 erledigt.

Abg. Rahn (K.) beantragt über diesen Punkt der Tagesordnung namentliche Abstimmung. Es stimmten 44 mit ja und 14 mit nein. Da das Haus beschlußunfähig war, wurde die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt.

Kommunistische Demonstration vor dem Volkstag.

Bei der Wiedereröffnung erhält Abg. **Raube (K.)** das Wort. Er beschwerte sich über die Maßnahmen des Polizeidirektors Froböse, der die von der Kommunistischen Partei für gestern abend 6 Uhr nach dem Fischmarkt aufgerufene Demonstration verboten hatte. Das Verbot nennt er eine ungesetzliche Handlung des Polizeisenators Schümmer (der zurzeit in Genf ist) und verlangt von seinem Stellvertreter, daß er sich dazu äußern solle. Seine Fraktionskollegen Rahn, Schmidt und Laschewski bewegten sich in denselben Gedankengängen und schoben die Schuld, daß eine Demonstration gemacht werden müsse, auf das Bestehen der Schupo und Einwohnerwehr, die die Helfer der reaktionären Parteien seien.

Abg. Mau (U. S. P.) ist **gegen eine derartig veranstaltete Demonstration und lehnt namens seiner Partei ein solches Theater ab, denn sie hätten absolut kein Interesse daran, daß Arbeiterblut vergossen wird!**

Regierungsstellvertreter **Senator Ziehm beruft sich in seiner** Antwort auf den § 83 der Verfassung, nachdem die geplante Demonstration verboten wurde, weil dadurch die **öffentliche** Ruhe und Sicherheit gefährdet sei.

Abg. Rahn (K.) erwiderte hierauf: **Wir erklären an dieser Stelle, daß wir von jetzt ab, solange die Verfassung nicht in Kraft ist, den Senat nicht anerkennen. Solange dieser Senat hier erscheint, gibt es im Volkstag kein Arbeiten mehr. Ein Recht hier zu erscheinen sprechen wir nur den ehemaligen Mitgliedern des Staatsrates zu. Es wird kein Gesetz mehr beschlossen, es sei denn daß die Verfassung vom Völkerbund anerkannt wird. Es ist die letzte Rede, die im Volkstag gehalten worden ist. Es wird erst wieder verhandelt, wenn die Verfassung durch Beschluß des Völkerbundes anerkannt ist!**

Die Rednerliste ist damit erschöpft und wird die Besprechung über diesen Punkt geschlossen. Als der Präsident über den 1. Artikel des vorläufigen Haushaltsgesetzes abstimmen lassen will, erhebt sich bei den Kommunisten großer Lärm. Sie gehen aus den Bänken heraus und auf das Präsidium zu, um durch andauernde Zwischenrufe ein Weiterarbeiten **unmöglich** zu machen.

Genosse Gehl beantragte Vertagung, was allgemeine Annahme fand. Die Sitzung wurde hierauf nach 5 Uhr geschlossen. Nächste Tagung ist am Donnerstag, den 30. Juni 1921, nachmittags 3 Uhr.

Das ist einfach nicht zu erklären, es sei denn . . . . . Uebrigens weiß jeder, daß diese große Karren zwei bis drei Tonnen enthalten."

„Das habe ich mir auch gedacht" — entgegnete der andere. „Das Resultat ist ganz einfach folgendes: man redet uns ein, wir erhielten fünfundachtzig per Tonne, in Wirklichkeit drückt man uns durch derartige Manipulationen auf fünfunddreißig herab. — Gestern mußte ich im Gesellschaftswarenhaus anderthalb Dollar für ein Paar Zwischsohlen zahlen, die in Pedro sechzig Cents kosten!"

„Sie müssen bedenken" — warf der andere ein, — „daß die Gesellschaft die Waren heraufbefördern muß."

Allmählich gewahrte Hal, daß der Spieß umgedreht worden war, der Geheimnisvolle hielt ihn zehn Schritte vom Leib! Aus irgendeinem Grunde machte ihm Hals plötzliches Interesse für industrielle Gerechtigkeit nicht den geringsten Eindruck.

So nahm seine Detektivlaufbahn ein ruhmloses Ende. „Sagen Sie" — platzte er plötzlich heraus — „was sind eigentlich Ihre Absichten?"

„Meine Absichten?" — erwiderte gelassen der andere. — „Was wollen Sie damit sagen?"

„Weshalb sind Sie hergekommen?"

„Um zwei Dollar den Tag zu verdienen — genau wie Sie, nehme ich an."

Hal begann zu lachen: „Wir sind wie zwei Unterseeboote, die einander unter Wasser suchen. Ich meine es wäre besser, wir kämen an die Oberfläche, um dort zu kämpfen."

Der andere bedachte das Gleichnis; es schien ihm zu gefallen. „Kommen Sie zuerst" — sagte er ohne zu lächeln, seine ruhigen, blauen Augen sahen Hal tiefernst an.

„Gut" — meinte dieser. „Meine Geschichte ist nicht besonders spannend. Ich bin kein entsprungener Sträfling, noch, wie Sie vielleicht glauben, ein Spitzel der Gesellschaft, auch kein „geborener" Bergmann. Ich habe bloß daheim einen Bruder und einige Freunde, die sich einbilden, alles von der Kohlenindustrie zu verstehen; diese Einbildung ist mir auf die Nerven gegangen und ich zog aus, um die Dinge mit eigenen Augen zu sehen. Das ist alles, außer der Tatsache, daß ich die Dinge sehr interessant finde und noch eine Zeitlang hier bleiben möchte; daher hoffe ich, daß Sie kein Spitzel sind."

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Noch keine Entscheidung über die Gewehrfabrik. Der Berichterstatter des „Manchester Guardian" gibt in der Wochenausgabe des Blattes vom Freitag, den 24. Juni, eine Darstellung von den Verhandlungen über die Danziger Gewehrfabrik in Genf, die erheblich von dem bisher bekannten abweicht. Es heißt in wörtlicher Uebersetzung u. a.: „General Haking und Professor Ro.. versicherten, daß die Fabrik in zwei Monaten auf Friedensarbeit umgestellt werden kann; aber Dr. Askenazy als Vertreter Polens bestritt die Kompetenz des Völkerbundrates, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Durch die Bedingungen des Vertrages von Versailles sei alles frühere Eigentum des preußischen Staates an die interalliierten und assoziierten Hauptmächte, vertreten durch die Botschafterkonferenz, übergegangen, die es zwischen Polen und Danzig zu verteilen haben, wobei alles Kriegsmaterial Eigentum Polens werden muß. Die polnische Regierung betrachtet die Munitionsfabrik als Kriegsmaterial und beansprucht sie deshalb für sich. Nach langer Diskussion stellte der Völkerbundsrat die Entscheidung der Frage zurück und wird voraussichtlich die alliierten und assoziierten Hauptmächte um Interpretation des Vertrages angehen."

Danach scheint das Schicksal der Gewehrfabrik noch keineswegs entschieden zu sein. Es handelt sich nun nicht mehr darum, ob die Gewehrfabrik umgestellt werden muß, sondern es besteht auch noch die Gefahr, daß der Botschafterrat die Fabrik als „Kriegsmaterial" den Polen zusprechen kann. Das ist bisher noch nirgends zur Sprache gekommen. Vielleicht ist es blinder Alarm, obgleich der „Manchester Guardian" meistens sehr gut unterrichtet ist. Jedenfalls werden sich Danziger Vertreter dazu äußern müssen.

Betriebskrankenkassenwahl in der Waggonfabrik. Wir berichteten vor einiger Zeit über die Absicht eine Betriebskrankenkasse in diesem Betriebe zu errichten. Trotzdem die Mehrheit der Arbeiter sich gegen diese Errichtung in der Urabstimmung ausgesprochen hatte, setzten die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Treiber beim Senat es durch, daß dieser die Proteste der Mehrheit der Arbeitnehmer zurückgewiesen hatte mit der Begründung, daß nicht die Arbeiterschaft das Recht habe Einspruch einzulegen, sondern die bestehenden Orts- und Landkrankenkassen, und diese hätten von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht. Gestern fand nun die Wahl des Ausschusses statt. Die Liste der freien Gewerkschaften Nr. 2 erhielt 290 Stimmen, die der vereinigten Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften samt aller Angestellten 267. Der amtliche Wahlaufruf hat im letzten Grunde ein Flugblatt zugunsten der Christlichen, Liste Nr. 1 (Schuth), ausgegeben, welcher Propaganda wohl die verhältnismäßig große Zahl der Stimmen für die Mischmaschliste zuzuschreiben ist. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften mögen aus dem Wahlergebnis erfahren, wo sie nun ihre Aufklärungsarbeit einzusetzen haben.

Verlegung städtischer Geschäftsstellen. Die Räume des Hauses Hundegasse 10 müssen für die Außenhandelsstelle freigemacht werden, da sie sich für Unterbringung dieser Dienststelle schon wegen des vorhandenen Kassenraumes (früher Zweigkasse) besonders eignen. Die bisher im Hause Hundegasse 10 untergebrachten Geschäftsstellen werden daher nach der Wiebenkaserne verlegt. Versicherungsamt, Seebäderverwaltung und Wahlamt werden im Flügel B der Wiebenkaserne, Eingang Poggenpfuhl, Erdgeschoß, das Gewerbe- und Kaufmannsgericht wird im Flügel D der Wiebenkaserne, Eingang Poggenpfuhl, 2. Obergeschoß, vom 1. Juli ab untergebracht. Die genannten Geschäftsstellen bleiben infolge des Umzuges am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche geschlossen. Der Stadtausschuß befindet sich jetzt im Regierungsgebäude, Zimmer 65.

Veranstaltungen.

Das Volksfest des Arbeitersportkartells fand am Sonntag, begünstigt vom schönsten Sommerwetter, an der Talsperre Straschin-Prangschin statt. Rund 200 Personen mit Kind und Kegel ergingen sich in der Natur und waren sich darin einig, daß dieses Freiluft- und Badeleben doch eine andere Erholung darstellt als ein im üblichen und üblen Sinne verbrachter Sonntag mit Gasthausdunst und staubgefüllten Kaffeegärten. Für zwanglose Unterhaltung sorgten Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde" durch Volkstänze, Rezitationen und Lieder zur Laute, sowie der Gesangverein „Freier Sänger" durch Chorgesänge in bunter Folge. Viel Anklang fand auch der gute Bohnenkaffee, den die „Naturfreunde" in ihren großen Kinderwanderungskesseln kochten und für 20 Pf. pro Viertelliter verkauften, wobei sie sogar noch einen kleinen Ueberschuß für die Kinderwanderungskasse erreichen konnten. Nur zu schnell schwanden die Stunden. Und beim Auseinandergehen wurde vielfach der Wunsch laut, daß dies nicht der letzte diesjährige Ausflug dieser Art sein möge.

Die Sonnenwende der „Naturfreunde" am Sonnabend in Stangenwalde wies ebenfalls eine rege Beteiligung auch von Gästen auf, trotzdem viele Teilnehmer einen sehr weiten Weg zu machen hatten. Auch bei dieser Feier wirkte ein Doppelquartett der „Freien Sänger" mit. Erst mit Morgengrauen erreichte die schlichte proletarische Feier ihr Ende und nur einige Stunden Schlaf konnte man sich gönnen bis zum Aufbruch nach der Talsperre Straschin.